

Inserate werden laut Tarif billiger berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Volldemokrat

Organ der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—
Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Akademische Hakenkreuzler.

Die deutschnationalen Studenten an der Prager Universität haben ihre Drohungen vom Sommer dieses Jahres wahr gemacht: sie sind gestern in den Streik getreten und haben durch Besetzung der Lehrkanzeln und Universitätsinstitute auch der übrigen Studentenschaft die Teilnahme an den Vorlesungen unmöglich gemacht. Da die „nichtarische“ Studentenschaft sich dem hakenkreuzlerischen Terror nicht ohne weiteres unterordnen wollte, kam es mehrfach zu Schlägereien. Die Vorgeschichte dieses „Streiks“ reicht bis in die Anfangstage des Monats Juli zurück, zu welcher Zeit die deutschnationalen Verbindungen „Germania“ und „Academia“ auf einer Tagung in Aussig gegen die Wahl des Professors Dr. Steinherz zum Rektor unter unverhüllten Drohungen protestierten. Für den Fall, daß ihr Protest keinen Erfolg haben sollte, stellten die Herren „Deutscharier“ die „Gefahr von Unruhen“ in Aussicht. Der Grund ihres Einspruchs gegen die besagte Wahl liegt darin, daß Rektor Dr. Steinherz — Jude ist! In diesem Umstand erblicken sie die Verechtigung, von der „Gefährdung des deutschen Charakters der Universität“ zu faheln und die Widerrufung der Wahl zu fordern. Rektor der Universität darf nur sein, so folgern die deutscharischen Rüstlinge, der ihre Genehmigung ersucht. Die akademische Freiheit verstehen sie so, daß der akademische Senat sich ihrem Kommando gehorsam zu fügen hat. Da sich nun dieser weigerte, sich vom Rassenhaß der Deutschnationalen die Wahl diktiert zu lassen, haben diese zum Mittel der gewalttätigen Stillelegung des akademischen Betriebes gegriffen. Während die deutscharischen Studenten die akademische Freiheit selber frech mit Füßen treten, stellen sie sich bei der Ausübung ihres Terrors unter den Schutz derselben. Wenn in einem Streik von Arbeitern diese mit Gewalt Fabriken besetzen und „Arbeitswillige“ an der Aufnahme der Arbeit hindern würden, was gäbe es da für ein Geschrei über „sozialistischen Terror“; die Polizei würde sich auch keinen Augenblick bedenken, gegen diese Streikenden vorzugehen. Die studentischen Hakenkreuzler dagegen haben die Universität und ihre Institute besetzt, welchen Boden die Polizei nach einem alten Privileg, welches „akademische Freiheit“ heißt, nicht betreten darf und auf welchem Boden die tapferen Deutscharier nicht befürchten müssen, daß ihre teureren Personen in Gefahr kommen.

Die geistige und moralische Verfassung der Herren Deutscharier geht am besten aus einem Flugblatt hervor, das sie unter der Studentenschaft verteilten. Mit keinem Worte wagen sie zu behaupten, daß Dr. Steinherz nicht die Eignung zum Rektor habe und sie vermögen auch nicht einen einzigen Umstand anzuführen, aus dem hervorgehen würde, daß er nicht die Befähigung für dieses Amt besitze. Was sie, die jungen Herren in „Empörung“ versetzt, das ist lediglich die Tatsache, daß Rektor Steinherz — ein Jude ist. Anstatt sich auf die Hosen zu setzen und zu lernen — zu welchem Lernen auch die Erlangung der Kenntnis des wirklichen Lebens gehören würde — wollen die deutschnationalen Studenten „Geschichte“ machen und suchen die antisemitischen hakenkreuzlerischen Theorien in die Tat umzusetzen. Befangen im Gesichtskreis ihrer Sauf- und Raufbuden sehen sie die Welt von der geistigen Höhenlage der Schriftleiterpresse, ihrer Leibekture, herab an, deren Bogromhe in ihren Köpfen Wurzel geschlagen hat, so daß ihnen die praktische Ausübung des Antisemitismus als eine verdienstvolle Tat erscheint. Da nach dem Dogma dieser Schandpresse — welche durch die Schürung des Rassenhasses vergessen machen will, daß es der wahnwichtig ausgeartete Nationalismus war, welcher das Unglück des deutschen Volkes bewirkt hat — da also nach dem Dogma dieser Presse die Juden an allem Uebel in der Welt die Schuld tragen, so ist es kein Wunder, wenn in erhitzen, unreifen Köpfen der Glaube entsteht, daß es ihre Pflicht sei, das bedrohte Arierium vor dem drohenden Untergang zu

Wirths Rücktritt und die Sozialdemokratie.

Das Phantom der großen Koalition. — Die Stabilisierung der Mark.

Berlin, 15. November. (Eigenbericht.) An der durch den Rücktritt des Kabinetts Wirth zum Ausdruck gekommenen inneren Krise hat sich nichts geändert. Der Reichspräsident empfing nach einander die Führer der Reichstagsparteien. Eine neue Kompilation ist dadurch entstanden, daß der Fraktionsvorstand der Volkspartei im preussischen Landtag erklärte, die Fraktion werde, falls die große Koalition im Reich nicht zustandekame, in Preußen die Konsequenzen ziehen. Diese Eröhrung wird die Haltung der Sozialdemokratie im Reichstag nicht beeinflussen, denn in Preußen ist die deutsche Volkspartei unter ganz anderen Umständen in die Regierung aufgenommen worden, ganz abgesehen davon, daß in Preußen mehr verwaltungstechnische und erzieherische Fragen zu lösen sind und die politischen Fragen im Hintergrund stehen. Das Zentrum ist entschlossen, keine Initiative zur Neubildung des Kabinetts zu ergreifen und hat nach wie vor zu Dr. Wirth vollstes Vertrauen. Durch die Schuld der Sozialdemokratie sei die durch die Ablehnung der Notgemeinschaft schwierige Lage entstanden. Dazu muß gesagt werden, daß die Sozialdemokratie keineswegs den Ehrgeiz besessen hat, einen Kabinettssturz hervorzurufen, es war kein Grund zur Aenderung der Regierung vorhanden, und wenn der Kanzler, statt dem Phantom der großen Koalition nachzujagen, die Bürgerlichen an ihre Pflicht gegenüber dem Reich erinnert hätte, wäre es nicht zu der jetzigen Situation gekommen. Die innerpolitische Lage hat allerdings zu einer Mädrung gedrängt und das Wirtschaftsprogramm der Sozialdemokratie hat den Weg gewiesen, der beschritten werden mußte, wenn die deutsche Wirtschaft noch gerettet werden sollte. Der sozialdemokratische Plan wurde jedoch von der bürgerlichen Mehrheit sabotiert und erst, als die Reparationskommission auf Vorlage eines festen Planes drängte, und die ausländischen Sachverständigen ihre Gutachten abgeben hatten, wurden konkrete Vorschläge im Sinne der sozialdemokratischen Forderungen gemacht. Außerdem hat die Sozialdemokratie ihre Zustimmung dazu gegeben, daß parteipolitisch nicht gebundene Persönlichkeiten in die Regierung aufgenommen werden, so daß Dr. Wirth die Möglichkeit hatte, energisch die zur Stabilisierung der Mark und zur Balanzierung des Staats notwendigen Maßnahmen zu treffen. Er ließ sich aber von den Sonderinteressen der Bürgerlichen ins Schlepptau nehmen und ist dabei zu Fall gekommen.

Die deutsche Presse und die Regierungstreife.

Berlin, 15. November. Auf die Frage: „Was nun?“ gibt die „Vossische Zeitung“ die Antwort, daß nur die Möglichkeit bleibt, die bis

erretten. Darum reden auch die streikenden Deutschnationalen von der „altewürdigen alma mater“, die einen Juden als Rektor ohne Befähigung ihres deutschen Charakters nicht ertragen könne. Daß sie selber diesen deutschen Charakter, wie das Deutschtum überhaupt, durch ihr verantwortungsloses Treiben am schwersten schädigen, vermögen sie in der Einfachheit ihres hakenkreuzlerischen Gemütes nicht einzusehen. Es ist sicher, daß ihr Vorgehen die größte Freude gerade bei den tschechischen Nationalisten erwecken wird. Mitten in dem schwersten Ringen der deutschen Bevölkerung dieses Staates um ihre kulturelle Unabhängigkeit und ihre praktischen Rechte, munter die deutscharischen Studenten die nationalen Gegner zur Nachahmung ihres terroristischen Beispiels auf. Wenn sich die deutschnationalen Studenten das Recht anmaßen, die Wahl des Rektors zu diktieren, wobei sie die vielgerühmte akademische Freiheit zur lächerlichen Farce herabwürdigten, warum sollte dann der Terror der nationalen Gegner nicht auch erlaubt sein. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn der tschechische Nationalismus aus dem Gewaltstüd der Deutschnationalen nicht nur frohe Schadenfreude, sondern auch die entsprechende Ruhanwendung für seine eigenen Bedrückungsabsichten ziehen sollte.

Bis zu welchem Grade der Größenwahn der Herren Hakenkreuzler gediehen ist, geht aus der Stelle ihres Flugblattes hervor, in

berige Koalition beizubehalten und bei der Neubildung der Ministerien Wirtschaftler zu berücksichtigen. An eine Wiederkehr Dr. Wirths als Kanzler glaubt das Blatt nicht. — Auch das „Berliner Tageblatt“ hält ein Ministerium hervorragender Persönlichkeiten für das aussichtsreichste. — Der „Vorwärts“ erklärt, daß eine Regierung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft nicht auf ein Vertrauensvotum der Sozialdemokratie rechnen könne, und betont, daß die Sozialdemokratie weiter bereit sei, an der Führung einer positiven Politik mitzuwirken, die den Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes gerecht werde.

Der Streik in Rheinland-Westfalen.

Berlin, 15. November. (Eigenbericht.) Ueber die Streikbewegung in Rheinland-Westfalen und die zugleich an einigen Orten ausgebrochenen Lebensmittelpreissen sind die bürgerlichen Blätter sensationell aufbebauschliche Nachrichten aus und auch die kommunistischen Blätter suchen die Vorgänge so auszubilden, daß Verwirrung in die Arbeiterschaft getragen wird. Ueber die Vorgänge in Rheinland-Westfalen liegen folgende Meldungen vor: In Düsseldorf wurde in fast allen Betrieben gestreikt, die letzte Nacht ist vollständig ruhig verlaufen. Gestern abends beschlossen die Gewerkschaften, den Kampf gemeinsam mit den Betriebsräten weiterzuführen, die Leitung aber in die Hände der Gewerkschaften zu legen. Ein Antrag auf Proklamierung des Generalstreiks wurde abgelehnt, die Arbeiter verbleiben auf den Arbeitsplätzen, soweit sie noch nicht verlassen haben. Zur Beilegung des Streiks wurde eine Kommission aus den Gewerkschaften zusammengestellt. Entgegen anders lautenden Meldungen ist festgestellt worden, daß es bei den Zusammenstößen weder Tote noch durch Schüsse Verwundete gegeben hat. Nur dadurch erlitten viele Teilnehmer der Versammlung in der Düsseldorf-Tonhalle Verletzungen, daß sie bei der Panik aus den Fenstern sprangen oder über Tische und Stühle sprangen und dabei niedergelassen wurden.

Gestern abends fanden in Essen zwischen den drei Metallarbeiterverbänden und dem Unternehmerverband Verhandlungen zur Beilegung des Streiks statt, bei denen eine Einigung erzielt wurde. Die Arbeiter erhalten eine Zulage von 58 Prozent. Die Funktionärversammlung in Düsseldorf hat mit allen gegen drei Stimmen den Generalstreik abgelehnt. Meldungen über Unruhen in Aachen sind erfinden. Dort streifen die Metallarbeiter und es handelt sich um eine normale Lohnbewegung, die mit den Vorgängen in Düsseldorf nichts zu tun hat. Morgen sollen Verhandlungen zur Beilegung des Streiks stattfinden.

der behauptet wird, die „Seimat“, das „ganze Sudetenland“, blide in „diesen ersten Stunden“ auf sie und ihre Gebentat. Die paar hundert antisemitischen Studenten möchten nicht nur die Universität, die Professoren und den akademischen Senat unter ihre Vollmacht bringen, sie unterfangen sich auch im Namen des „ganzen Sudetenlandes“ zu sprechen, als wären die hundertaufsende deutsche Arbeiter und Angehörigen anderer Klassen, die von dem Schandtreiben der Hakenkreuzler nichts wissen wollen, gar nicht vorhanden. Die „Seimat“ hat, das sei den Herrschaften gesagt, beseres zu tun, als auf ihr schmachvolles Treiben zu „bliden“; wenn sie es tut, dann nur mit dem Gefühl der Entrüstung und Verachtung, da nichts so sehr wie die frivole Tat der deutscharischen Studenten geeignet ist, die Interessen des deutschen Volkes zu schädigen.

Es ist bedauerlich, daß der akademische Senat sich bis zu einem gewissen Teile dem Terror der Deutschnationalen gefügt und die vorläufige Einstellung der Vorlesungen beschlossen hat. Es wäre noch schöner, wenn dieser Beschluß den ersten Schritt der Herren Professoren darstellen sollte, sich der Gewalt der hakenkreuzlerischen Studentenschaft zu fügen. Die deutsche Bevölkerung müßte sich dann ernsthaft die Frage nach dem Zweck des Fortbestandes einer solchen akademischen Freiheit vorlegen.

Das Stinnes-Diktat.

Die Geschichte der Intrigen und Kämpfe, denen die Regierung Wirth — keineswegs ohne eigenes Verschulden — Dienstag zum Opfer fiel, bietet ein lehrreiches Bild davon, wessen alles das Bürgerium fähig ist, um die Interessen seines Geldburses zu wahren. Da wirft es hemmungslos alle Hüllen eines angeblichen „Patriotismus“, alle Beteuerungen von Opferinn und Opferpflicht von sich ab, die Gegensätze, die es sonst spalten, verstummen und macht und bloß zeigt es sich in seinem ganzen kapitalistischen Egoismus. Man muß zuerst die Gefahren bedenken, die Deutschland augenblicklich von außen und im Innern bedrohen, dann erfaßt man die Trivialität voll und ganz, deren sich die patentierten Hüter des deutschen Swates, Demokraten und Zentrum, dadurch schuldig machten, daß sie als die eigentlichen Kollisionsstöße der jüngsten Krise das Reichskabinet zu Falle brachten.

Eben weil die Reparationskommission in Berlin und drängte darauf, von der Reichsregierung Vorschläge zu erhalten, die geeignet wären, den weiteren katastrophalen Sturz der Mark aufzuhalten und Wiederaufmachungen, sei es in Waren, sei es in Waren, über kurz oder lang zu ermöglichen. Aus jeder Aeußerung der Entente Staatsmänner spricht das unheilbare Mißtrauen, daß es Deutschlands Verantwortliche mit den Zahlungen und mit der Beilegung der deutschen Finanzen nicht ernst meinen, sondern vielmehr aus dem Zusammenbruch unklarerer Profit erhoffen, ein unabweisbarer Beweis des ehelichen Willens tut demgegenüber dringend not. Die sozialdemokratische Forderung, die Stabilisierung der Mark, koste es was wolle, durchzuführen, wird diesem Gebote des Augenblicks gerecht, sie ist, wie die Dinge liegen, das einzige Mittel, den Entente-Druck auf Deutschland zu verringern — und gerade sie fand vor den Augen des geeinten deutschen Bürgeriums keine Gnade.

Ganz im Gegenteil drängten Linke und Zentrum der Bourgeoisie darauf, daß die mit Stinnes und dem Schwerhölz auf Leben und Sterben verbündete deutsche Volkspartei in die Regierungskoalition und in das Kabinet Wirth aufgenommen werde; dieselbe Volkspartei, welche die Stabilisierung der Mark mit allen Mitteln sabotiert, die von einer kräftigen Beschränkung der Wertspekulation durch eine strenge Devisenordnung nichts wissen will und die in Wort und Schrift hundertmal andeutete, daß das Unternehmertum aus der Entwertung des deutschen Geldes fetten Gewinn ziehen könne. Nun da es darauf ankommt, den oft befundenen „Erfüllungswillen“ in die Tat umzusetzen und selbst Kosten auf sich zu nehmen, statt sie nur der arbeitenden Masse aufzubürden, versagen die Kohlen- und die Kornbarone, versagen die Finanzmagnaten und die bürgerlich-demokratische Intelligenz, die besten Vorschläge, die sie der Reparationskommission zu bieten haben, sind ein allmählicher Abbau der Zwangsbeschaffung des Getreides und eine, wenn auch verlausulierte, Bedrohung des Achtundzentes. Diese noch vom alten Kabinet Wirth ausgearbeiteten Vorschläge zeigten schon, wohin der Kurs ging: fort vom Proletariat, das bei Getreide zu Weltmarktpreisen und bei vielfeicht neu- oder zehntägiger Arbeit verhungern und kulturell verkommen muß hin zu Stinnes, dem Propheten der Ausbeutung und der Gewalt, dem Schürer der wirtschaftlichen und nationalen Gegensätze!

Sich just mit der Volkspartei verbinden wollen, bedeutet aber auch den inneren Fragen Deutschlands gegenüber eine Schwertung, die das „republikanische Bekenntnis“ der Demokraten und des Zentrums in eine mehr denn seltsame Beleuchtung rückt. Wie lange ist es her, daß alle Zeitungen von bayerischen Putschabsichten widerhallten, daß sogar der neue bayerische Ministerpräsident, ein durchaus verlässlicher Reaktionsar, das Vorhandensein eines bayerischen Faschismus zugab und daß dessen Kommandant Hitler eine bedrohliche Heerschau über seine Truppen abhielt? Der schamlose Nationalismus und Monarchismus schärfte seine Waffen gegen den deutschen Freistaat, in ganz Europa sind die Verführer des blutigen Gewaltdogmas siegreich auf dem Vormarsch, und anstatt unerschütterlich fest zu jenen zu halten, die sich den deutschen Jüngern Hortzhs und Mussolinis als Wall entgegenzusetzen bereit sind, zum Klassenbewußten Proletariat, entscheiden sich der Kanzler Wirth, Demokraten und Zentrumsleute für die offenen Rückschritter und verlappten Monarchisten um Stinnes! Die „bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“, dieses jüngste Produkt der deutschen Politik, hat sich stärker erwiesen als die in vielen Kämpfen und Gefahren erprobte bisherige Koalition, das „freiheitliche“ Bürgerium hat Farbe bekant und sich für die Klassengenossen entschieden, selbst auf die Gefahr hin, daß innere Kämpfe Deutschland zu durchtoben beginnen und damit

seine Stellung in der Welt endgültig vernichtet.

Die Möglichkeit, daß jetzt, nun das Verbrechen geschehen und die Entente um eine Aufklärung über das wahre Gesicht der deutschen Bourgeoisie reicher ist, die Urheber der Krise sich von der Verantwortung zurückziehen und den Bruch wieder zu seinen versuchen könnten, ändert an der Sache selbst nicht das Geringste. Wohl prophezeihen die Demokraten der „Bolschewistischen Zeitung“, die so lange von einer Regierungskrise orakelten, bis sie in die Erscheinung trat, eine neue Koalition ohne Volkspartei, wohl erklären sich unsere Genossen, denen das Wohl der Allgemeinheit zuehört steht, ohne Rechhaberei bereit, an einer Regierung tätigt mitzuwirken, die den bisherigen Kurs einhält — die Tendenzen, die das Bürgerium beherrschen, werden dieselben bleiben, es wird morgen die proletarischen Bundesgenossen ruhig wiederum verraten, wenn ihm die Gelegenheit günstig scheint und es sich stark genug fühlt, seine Massenziele zu erreichen.

Die Welle der Entwicklung, die nacheinander Ungarn, Bayern, Oesterreich und Italien erfaßt hat, wird soweit es auf die Bourgeoisie ankommt, auch vor Deutschland nicht halt machen, auch hier wird alles versucht und getan werden, die Sozialdemokratie von der Mitbestimmung in Dingen der inneren und äußeren Politik zu verdrängen und die Erzeuger- und Händlerinteressen zum ausschlaggebenden Faktor zu machen. Es gilt, dieser Tendenz des Geschichtsprozesses furchtlos ins Antlitz zu schauen und — das sei den tschechischen Genossen gesagt — sich vor utopischen Hoffnungen und Enttäuschungen zu bewahren. Ueberall, auch in unserem Lande, wird der Mord „Proletariat“ gehen dürfen, sobald er seine Pflicht getan hat, aber nach diesem Wesental, das passiert werden muß, wird eine neue Erhebung kommen: die internationale Vereinigung aller Arbeiter, die denn für immer erkannt haben werden, daß nicht bei ihren engstirnig-egoistischen Massengenenossen Hüfe und Zukunft liegt.

Inland.

Die agrarischen Lieblingsvorlagen. Der Klub der tschechischen agrarischen Abgeordneten beschloß, die Verhandlung folgender Vorlagen zu urgieren, die vom Klub bereits in der vorigen Session der Nationalversammlung vorgelegt worden sind: Die Vorlage über Aufhebung der Automobilzölle, die Novellierung des Gesetzes über Vermögensabgabe und Vermögenszuwachs, die Aufhebung der Zollscoeffizienten für Industrieprodukte und die Zinsenzahlung für Steuerprolongationen.

Nichtigstellung. In unserem Bericht über die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. November hat sich ein Fehler eingeschlichen. Der Abg. Sotcovsky gehört nicht der kommunistischen Partei an, sondern ist Mitglied des Klubs der magyarisch-deutschen Sozialdemokraten.

Der Tag der Ausschüsse.

Am gestrigen Tage fand im Abgeordnetenhause keine Plenarsitzung statt, dafür traten sechs Ausschüsse zusammen. Eine längere Debatte fand im Außenaußschuß statt, wo Abgeordneter Genosse Solitzher für die Erschließung des fernsten Ostens für unsere Wirtschaft eintrat. Die Sitzungen der anderen Ausschüsse waren nur von kurzer Dauer; bemerkenswert ist, daß im Rechts- und Verfassungsausschuß Abgeordneter Genosse Dr. Haas die Mieter vor den Angriffen des tschechisch-sozialdemokratischen Redners verteidigen mußte. Im landwirtschaftlichen Ausschuß sang Minister Hodza das gewohnte agrarische Klage lied. Im Budgetausschuß wandte sich Abgeordneter Genosse Taub gegen die übergrößen Macht, die der Regierung durch das Gesetz über die direkten Steuern in der Slowakei eingeräumt wird. Der Ernährungsausschuß vertagte sich gleich nach dem Zusammenritt und auch die Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses war nur von kurzer Dauer.

Auswärtiger Ausschuß.

Im Auswärtigen Ausschuß wurden zunächst debattiert der Vertrag bezüglich der Uebernahme der Versorgung der Kriegsverletzten in Bulgarien und der Vertrag mit Oesterreich wegen Freigabe der zurückgehaltenen Depositen angenommen. Der Völkerbundvertrag wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Zum Vertrag mit Rußland sprach Abg. Genosse Holitzher. Er bemängelt vor allen anderen, daß die am 6. Juni abgeschlossenen Verträge dem Ausschusse erst jetzt vorgelegt werden und bedauert, daß die tschechoslowakische Republik so spät in Unterhandlungen mit den Sowjetrepubliken eingetreten ist und daß sie sich dabei von anderen Staaten hat überflügeln lassen. Es wäre notwendig gewesen, diese Abmachungen schon viel früher zu treffen, aber auch die vorliegenden Verträge können und nicht befriedigen. Sie enthalten nur das Allergeringste. Wir müssen darum verlangen, daß ihnen

sobald wie möglich Handelsverträge mit den anderen Sowjetrepubliken folgen, denn nur dadurch, daß unserer in schwerer Krise befindlichen Wirtschaft der Abfall der Pro-

duktion nach dem Osten geöffnet wird, kann auf Besserung gerechnet werden.

Es sprechen weiter hierzu Kreibich und Skolitzher. Minister Giska beantwortet die von Dr. Holitzher und Kreibich vorgebrachten Anfragen. Einige von den Kommunisten eingebrachte Resolutionen werden abgelehnt; eine Resolution, betreffend die Schaffung eines Garantiefonds für Lieferungen nach Rußland, wird dem Gewerkschutz zugewiesen.

Budgetausschuß.

Auf der Tagesordnung der Sitzung stand die Regierungsvorlage, betreffend die direkten Steuern in der Slowakei. Abg. Genosse Taub wendet sich in der Debatte dagegen, daß der Regierung das freie Ermessen überlassen werden soll darüber, wem die

Begünstigung nach § 23 des allgemeinen ungarischen Erwerbsteuergesetzes

für die Jahre 1919 bis 1922 zukommen soll und wem nicht. Der Vorschlag des Referenten dient dahin, daß es dem Ermessen der Regierung überlassen bleibt, die Begünstigung aufzuheben, welche die in Ungarn wohnenden Großgrundbesitzer für ihre im Gebiete der tschechoslowakischen Republik liegenden Besitztümer in Bezug der Erwerbsteuer auf Grund des ungarischen Gesetzes bisher genossen haben. Der Redner ist für die Aufhebung, tritt jedoch für eine klarere Fassung des Gesetzes ein, welche es unmöglich machen soll, daß politische Kantünen ihre Befriedigung finden.

Die Vorlage wird trotzdem unverändert angenommen.

Landwirtschaftlicher Ausschuß.

In der Sitzung erstattete der Minister Dr. Hodza ein Exposé über die Krise in der Landwirtschaft, wobei er auf die Laspazität der Leistung und des Bedarfes hinwies. Er sagte, daß der Zolltarif die Existenz der Landwirtschaft sichern müsse und hob die Notwendigkeit eines Preisausgleiches hervor.

Die systematische Hebung der Produktion

auch in der Richtung nach der Qualität hin, bezeichnet er als unbedingt notwendig. Er stellte hierbei Deutschlands Leistungen als beispielgebend hin. Im weiteren besprach der Minister die rückständigen Verhältnisse in Karpathoruthland und teilte ziffernmäßig den Umfang der Meliorationsarbeiten in den einzelnen Ländern mit. Die Wichtigkeit des Problems zwingt zur größten Anstrengung.

Der Vorsitzende Protupel wandte sich gegen die abfällige Kritik an den Bestrebungen zur Förderung der Landwirtschaft, tadelte die vielfach herrschende Animosität gegen die landwirtschaftliche Produktion, stellte gleichfalls Deutschland als Muster hin und ersuchte um rege Mitarbeit bei der Prüfung der ganzen Frage.

Die Debatte wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt.

Rechts- und Verfassungsausschuß.

Es gelangte u. a. die Regierungsvorlage über die

Ausschiebung rechtskräftig ausgesprochener Delogierungen

zur Verhandlung. Der Referent Dr. Matoušek beantragte die Abweisung dieses Gegenstandes von der Tagesordnung, weil die einzelnen Klubs bisher keine Gelegenheit gehabt hätten, zu dieser Regierungsvorlage Stellung zu nehmen. Da sich Abg. Ulrich gegen diesen Antrag aussprach und die Abführung der Generaldebatte verlangte, erstattete der Referent den Generalbericht. Nach dem Referenten ergriff Abg. Genosse Dr. Haas das Wort und unterzog die Regierungsvorlage, welche in vielen Beziehungen eine Verschlechterung der den einzelnen Gegenstand behandelnden Regierungsverordnung bedeutet, einer eingehenden Kritik.

Er wies insbesondere darauf hin, daß die Beschränkung des Schutzes auf Wohnungen eine arge Schädigung der Kleingewerbetreibenden bedeutet, daß durch die Bestimmung, daß die Ausschließung der Exekution nur dann Platz greife, wenn für die ganze Zeit der Ausschließung der Mietzins im vorhinein bezahlt werde, gerade die schulpbedürftigsten mittellosen Mieter betroffen und von dem Schutze vor der Exekution ausgeschlossen werden.

Die im § 3 angeführten Ausnahmen vom Schutze müssen wesentlich eingeschränkt werden; die Arbeitervertreter müssen sich entscheiden gegen die Bestimmung des Gesetzes ausprechen, daß der Anspruch auf Ausschließung der Exekution den aus dem Dienste entlassenen wirtschaftlichen Arbeitern, welche eine Naturalwohnung benötigen, nicht zustehe.

Die Abgeordneten Burian und Dr. Matoušek unterstützen die Ausführungen des Abg. Genossen Dr. Haas.

Abgeordneter Veleh macht auf die Divergenzen zwischen den in der Slowakei und den im übrigen Teile der tschechoslowakischen Republik geltenden Prozeßgesetzen aufmerksam und verlangt eine Ergänzung des vorliegenden Gesetzentwurfes in der Richtung der Ausgleichung dieser Divergenzen.

Der tschechische Sozialdemokrat Abg. Ulrich stellt die Behauptung auf, daß die Gerichte vielfach den Mieterschutz in einer zu ausgebehnten Weise auslegen, weil sie von der ir-

räumlichen (!) Anschauung ausgehen, daß der Vermieter gegenüber dem Vermieter stets der sozial schlechter Gestellte ist. Er fordert den Justizminister auf, sich die Entscheidungen der Bezirksgerichte in Mieterschutzangelegenheiten vorlegen zu lassen und in der entsprechenden Weise gegen die unrichtige ausdehnende Interpretation des Gesetzes einzuschreiten.

Genosse Dr. Haas wendet sich gegen diese Ausführungen des Abgeordneten Ulrich und weist insbesondere den Angriff auf die Unabhängigkeit der Richter zurück.

Am Schlussworte drückte der Nationaldemokrat Matoušek seine Freude und Befriedigung darüber aus, daß ein tschechischer Sozialdemokrat nunmehr zu der besseren „Einsicht“ gekommen sei, daß der Mieter keineswegs gegenüber dem Vermieter der sozial schlechter Gestellte sei.

Hierauf wurde der Beschluß gefaßt, in die Spezialdebatte einzugehen und den Antrag zu stellen, die Regierungsvorlage dem sozialpolitischen Ausschusse zuzuwenden.

Sozialpolitischer Ausschuß.

Die Verhandlung des Regierungsauftrags, betreffend die Verfertigung der Staatsangestellten auf andere Dienstposten, wurde vertagt. Nachdem einige tschechische Redner zu verschiedenen Resolutionen, Regierungsverordnungen und eingelaufenen Petitionen gesprochen hatten, wurde die Sitzung nach halbständiger Dauer geschlossen.

Die soziale Bedeutung der „autonomen“ Landesverwaltung.)

Wie wichtig der Einblick in die Geschäfte der Landesverwaltungsanschlüsse ist, wie viele Interessen der Arbeiterschaft hier berührt werden und wie notwendig es ist, auf die ganze Landesverwaltung Einfluß zu üben, sie im Sinne der Berücksichtigung der Arbeiterinteressen zu beeinflussen, zeigt ein Ueberblick über die Ausgaben der böhmischen Landesverwaltungscommission, wie sie für das Jahr 1922 veranschlagt sind. Einer der größten Posten, den wir in diesem Voranschlag finden, ist die Ausgabe von nicht weniger als 178 Millionen Kronen für das Humanitäts- und Gesundheitswesen. Es handelt sich da um Krankenhäuser und Spezialkrankenanstalten, wie Heime für Strophulose Kinder, Gebäranstalten, Erziehungsanstalten sowie die Arbeitsvermittlungsanstalt, die auch unter diesem Titel ausgewiesen wird. Wie sehr gerade die Arbeiter interessiert sind, daß die Krankenanstalten modern eingerichtet sind, damit der kranke Arbeiter wieder seine Gesundheit erhalte, brauchen wir nicht besonders auseinanderzusetzen. Denn die reichen Leute brauchen keine Krankenhäuser, für sie stehen die modernsten Sanatorien, die nicht nur mit den notwendigen Einrichtungen, sondern auch mit allem Komfort versehen sind, zur Verfügung. Für das Schulwesen sind 121 Millionen Kronen ausgeworfen und es ist schon sehr notwendig, Einblick zu gewinnen und Einfluß zu nehmen, damit das Geld auch den deutschen Schulen zugute kommt und nicht einseitig das tschechische Schulwesen begünstigt wird, wie dies ohnehin durch das Staatsbudget der Fall ist. Die Ausgaben in dem Titel Kunst belaufen sich auf 22 Millionen Kronen, von denen die beiden tschechischen Theater in Prag allein 21 Millionen erhalten, das deutsche Theater in Prag etwas über eine halbe Million Kronen. Eine Subventionierung der deutschen Theater im deutschen Sprachgebiet gibt es natürlich nicht. Dessen gleichen Bauten dienen Ausgaben in der Höhe von 57 Millionen Kronen. Es sind dies Bauten von Straßen, Wasserbauten und die Erhaltung der Landesbahnen, welche letztere volkswirtschaftlich für gewisse Gegenden von der größten Bedeutung sind und deren Anschluß an die Hauptverkehrsadern des Landes bewerkstelligen. Für Investitionen sind im ganzen 41.5 Millionen vorgesehen, worunter Neubauten 37.5 Millionen erfordern. Auch da gibt es viel zu wirken, damit diese Neubauten nicht allein im tschechischen, sondern auch im deutschen Gebiet vorgenommen werden, damit die arbeitslosen deutschen Bauarbeiter Beschäftigung erhalten. Ebenso sind für Elektrifikation 86.5 Millionen vorgesehen.

Im Voranschlag gelangte natürlich auch die Macht zum Ausdruck, welche die bestehenden Klaffen in der Stadt und auf dem Lande innehaben. Für Gewerbe und Handel werden sieben Millionen ausgegeben, welche für Schulen aller Art verwendet werden, aber auch für Subventionen an Einrichtungen der Gewerbetreibenden. So wird der Landgewerbetreibende vom Lande erhalten, also eine Beratungsbehörde der Gewerbetreibenden, während für Beratungs-körperchaften, welche die Interessen der Arbeiterschaft oder der Konsumenten vertreten, nicht ein Heller übrig ist. Für die Landwirtschaft wird natürlich noch mehr ausgegeben, weil die Agrarier noch mächtiger sind als die Gewerbetreibenden. Ähnlich wie der Landesgewerbetreibende, bekommen auch die Landeskulturträte einen hohen Betrag vom Lande, eine Institution, deren aantes Sinnen und Trachten gegenwärtig darauf gerichtet ist, den Agrariern das Material zu sammeln für den Kampf um den Kolltarif und den Konsumenten die Lebensführung zu erschweren. Ebenso erhalten landwirtschaftliche Genossenschaften Subventionen, Stipendien werden vom Lande gegeben.

*) Siehe die Artikel „Demokratie und Staatsverwaltung“ und „Die Landesverwaltungsanschlüsse“ in unseren Folgen vom 11. bzw. 14. November.

Meliorationen finanziell möglich gemacht. In den Summen, welche für landwirtschaftliche Akademien und Winterschulen ausgeworfen werden, ist natürlich nichts auszufegen.

Um welche große Beträge es sich insgesamt handelt, geht daraus hervor, daß das Gesamterfordernis im vorigen Jahre etwa 624.3 Millionen betrug, dem eine Bedeckung von 589.8 Millionen gegenüberstand, jedoch sich ein veranschlagtes Defizit von 34.5 Millionen ergab. Daß diese Summen zweckensprechend und nicht allein einseitig im Interesse der bestehenden Klaffen verwendet werden, sondern auch im Interesse der arbeitenden Klasse, muß entschieden verlangt werden und deswegen muß die Arbeiter-schaft, die diesen Zweig der Verwaltung bisher nicht genügend beachtet hat, der Landesverwaltung ihr Augenmerk zuwenden und mit Aufmerksamkeit die ganze Tätigkeits der Landesverwaltung verfolgen und kontrollieren. Die deutschen Sozialdemokraten haben schon längere Zeit in Schlesien, seit kurzer Zeit auch in Böhmen einen Vertreter im Landesverwaltungsanschuß und auch in Mähren wird hoffentlich dem Stande ein Ende gemacht werden, daß die größte deutsche Partei des Landes im Landesverwaltungsanschuß unvertreten ist. Dadurch wurden die Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Möglichkeit gegeben, in dieser für sie vielfach neue Gebiet Einblick zu nehmen und eine Wirksamkeit im Interesse der Arbeiterschaft zu entfalten.

Aufruf der russischen Sozialdemokraten an das internationale Proletariat.

Eine Konferenz der lokalen Organisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands wendet sich an alle organisierten und Massenbewegten Elemente des internationalen Proletariats mit der Aufforderung, erneut ihren Blick auf die Bedingungen zu richten, in die proletarische und sozialistische Bewegung in Sowjetrußland verfest ist.

Die Konferenz hat vollkommen illegal, in mitten der wachen der Repressalien der Behörden getagt. Nach wie vor fallen die Kräfte der Partei in den verschiedenen Orten den politischen Verfolgungen zum Opfer. In Moskau, Petersburg, Charkow, Tula, Witebsk, Somoel und anderen Städten haben neue massenhafte Repressalien der bolschewistischen Gendarmen stattgefunden. Alle Städte sind mit Spibeln überfüllt, die sich unseren Genossen an die Fersen heften. Die sozialdemokratische Partei ist de facto außerhalb des Gesetzes gestellt. Die letzten legalen Möglichkeiten sind ihr geraubt. Sie ist jetzt zur illegalen Existenz verurteilt. Die Gefängnisse sind fast ausschließlich mit Sozialisten überfüllt, die unter äußerst schweren Verhältnissen interniert sind. In Turkestan, in Sibirien, in Nordruthland, nördlich vom Polarkreis schmachten zahlreiche Genossen in der Verbannung. Sie leben hier unter Bedingungen, die ihre Gesundheit und ihr Leben auf das schwerste bedrohen.

Die Arbeitermasse ist von einem Polizeitor don umgeben. Wegen der geringsten Meinung der Kritik erfolgen Entlassungen und Verhaftungen. Hierzu kommt die Aussperrungspolitik der Unternehmer. Auf dem gesamten politischen Leben lastet ein eiserner Druud. Der Terror nimmt immer grausamere Formen an. Offen wird verkündet, daß er sich hauptsächlich gegen die sozialistischen Parteien richtet. Die illegal zusammengetretene Konferenz der Vertreter des sozialdemokratischen Vortrupps des russischen Proletariats, das unter unerhört schweren Bedingungen für die Befreiung der Arbeiterklasse und für die Rettung der Revolution vor dem Bonapartismus kämpft, erhebt vor dem internationalen Proletariat Protest gegen den ungeheuerlichen bolschewistischen Terror, der die Arbeiterklasse ihrer Waffe beraubt und den Boden für die Konterrevolution vorbereitet hat. Die Konferenz sendet ihren Gruß den Arbeitern Europas und Amerikas, deren Zusammenschluß durch die Pestbeule des kommunistischen Terrors so sehr gehemmt wird.

Es lebe die Einheit des internationalen Proletariats!

Es lebe der Sozialismus!

Konferenz der lokalen Organisationen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Schriftliche Auseinandersetzung über die Orientfragen.

London, 14. November (Havas.) Die englische Regierung wird morgen früh den Alliierten eine Denkschrift senden, in welcher sie sie eruchtet, ihre Ansicht über die Fragen zu äußern, über welche nach der Ansicht Englands ein Einvernehmen vor der Lausanner Konferenz erzielt werden muß. In der Denkschrift skizziert die englische Regierung gleichzeitig ihre Ansicht bezüglich dieser Fragen. Es handelt sich vor allem um Mesopotamien, Syrien, Mesopotamien und das Plebiscit in den arabischen Gebieten und Ostthrazie, somit ausschließlich um Fragen, die von den Kemalisten nach der Vereinbarung von Mudania aufgeworfen wurden. Das englische Memorandum behandelt weiter die Kapitulationen, insoweit sie wirtschaftliche und Rechtsangelegenheiten betreffen. Curzon wird nach dem Eintreffen der Antworten an Paris und Rom eine Entscheidung bezüglich seiner Reise treffen.

Telegramme.

Die englischen Wahlen.

Beteiligung der Frauen.

London, 15. November (A.R.) Die Wahlen fanden während des ganzen Tages im Reich lebhaft aber ruhig statt. Der dicke Nebel, der sich in den letzten paar Tagen über der Landschaft gelagert hatte, stieg an einigen Orten etwas in die Höhe. Die interessanteste Begebenheit war zweifellos der Eifer der Frauen, mit welchem sie zum erstenmale das für sich gewonnene Wahlrecht ausübten. Man ist der Ansicht, daß ein großer Prozentsatz Frauenstimmen zu verzeichnen sein wird.

Wahlen in die Betriebsräte des Bilsner Reviers.

Erfolge der Sozialdemokraten.

Pilsen, 15. November. Das vorläufige Ergebnis der Wahlen in die Bergarbeiterbetriebsräte im Bilsner-Mieser Revier, welche in den letzten Tagen stattfanden, ist nachstehendes: Die tschechischen Sozialdemokraten gewannen 71 Mandate die deutschen Sozialdemokraten 30, die tschechischen Sozialisten vier, die tschechischen und die deutschen Kommunisten zusammen vier Mandate. Das genaue Verhältnis der Stimmen wird später bekanntgegeben werden.

Endgültige Regelung des Ostrauer Lohnstreites.

Mähr. Ostrau, 15. November.

Heute wurde der definitive Kollektivvertrag zwischen dem Bergarbeiterverbande und den Gruben des Mähr.-Ostrau-Karwiner Steinkohlenreviers endgültig zur Erledigung gebracht. Der Vertrag wurde im Sinne der letzten Prager Verhandlungen abgeschlossen, womit der Bergarbeiterstreik beendet wurde. Die Verhandlungen waren genug schwierig, da sich beide Parteien in einigen Punkten betreffs Auslegung der Prager Vereinbarung bedeutend von einander unterschieden.

Neuerliche Peulienhaufe.

Berlin, 15. November. (Eigenbericht.)

Die Börse quittierte den Rücktritt des Cabinet's Wirth mit einer neuerlichen Aufwärtsbewegung der Kurse der ausländischen Zahlungsmittel. Der Dollar stieg von 7032 auf 7496, das englische Pfund von 20.922 auf 33.565, der Schweizer Frank von 1289 auf 1366, die tschechische Krone von 222 auf 238 Mark.

Die polnischen Senatswahlen.

Gleichgewicht zwischen Rechts und Links.

Warschau, 14. November. Nach den provisorischen Ausweisen ist das Ergebnis der Senatswahlen bisher folgendes: Rechte 38, Volkspartei 12, Sozialisten 7, Unentschieden 6, die nationale Arbeitspartei 2, der Block der nationalen Minoritäten 11, die galizischen Christen 1 Mandat. Es stehen noch die Ergebnisse aus drei Wojwodschapschaften aus. (Wenn die ausstehenden Ergebnisse am Resultat nicht viel ändern, ist die letzte Hoffnung der Nationaldemokraten, Pilsudski stürzen zu können, gescheitert. D. R.)

Regelung der Polizeifrage in Konstantinopel.

Paris, 15. November.

Nach einer Kobas-meldung aus Konstantinopel verlautet, daß ein stillschweigendes Uebereinkommen hinsichtlich der Polizei erzielt worden sei. Die

Türken würden nicht eingreifen, wenn es sich um Ausländer handle; die alliierte Polizei ihrerseits überläßt es den Türken, die Angelegenheiten der Eingeborenen zu regeln, ausgenommen in Fällen dringender Notwendigkeit.

Konstantinopel, 15. November. (Havas.)

Refer Pascha wird heute den alliierten Oberkommissären eine Note der Angora-Regierung überreichen, in welcher erklärt wird, die große Nationalversammlung gestatte keine Einmischung des Auslandes in die Verwaltungs- und Zivilangelegenheiten. Die Konvention von Mudania werde weiterhin respektiert werden, wobei erwartet wird, daß sie auch seitens der Alliierten eingehalten wird.

Die 3. ele der Friedensaktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Vizevorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Leon Jouhaux, hat am 28. Oktober in Genf vor den Arbeitendelegierten der Internationalen Arbeitskonferenz und vor Pressevertretern in einer Rede die Ziele der Friedensaktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes und die Aufgaben des bevorstehenden Internationalen Friedenskongresses auseinandergesetzt. Das Journal de Genève vom 29. Oktober 1922 veröffentlicht darüber nachfolgende Zusammenfassung:

Der Widerstand gegenüber dem Krieg hat sich bisher weit mehr auf dem Gebiete des Geistes betätigt als in einer wirklichen Friedensorganisation. Proteste, denen keine Weltkonflikte verhindern. In dieser Erkenntnis hat der Internationale Gewerkschaftsbund einen Weltkongress einberufen, an dem nicht nur alle Arbeiterorganisationen, sondern auch alle jene sozialen Gruppierungen teilnehmen sollen, die aufrichtig den Frieden wollen. Denn in allen Völkern lebt der unerschütterliche Wunsch, eine Wiederkehr der letzten Greuel zu verhindern.

Nach Erörterung der falschen Beschlüsse, die der Völkerbund in dieser Richtung gefaßt hat, und die nur von privatkapitalistischen Interessen geleitet waren, ist der Internationale Gewerkschaftsbund zu dem Beschlusse gelangt, den Gedanken des bewußten Widerstandes in den Waffen zu entwickeln. Die Zeit der Passivität ist vorbei. Es gilt endlich zu wissen, was man tatsächlich tun will, um den Frieden zu organisieren. Das ist ein schwieriges Werk, das nur vollbracht werden kann unter der Bedingung, dabei die Mitwirkung aller Massen in allen Ländern zu finden. Es wird festzustellen sein, welche allgemeinen Garantien für die Sicherung des Friedens notwendig sind. Die Völkerbundversammlung hat sich flüchtig mit der Sache beschäftigt. Man hat Thesen aufgestellt. Aber diese Thesen können nicht als wirksame Maßnahmen angesehen werden, da sie aus einem Tages unter dem Schein der Internationalisierung zu dem alten System der Einzelverträge zwischen den Staaten zurückzuführen und bloß die Festigung der gegnerischen Gruppen, die ehemals die Weltbeherrschung unter sich geteilt hatten, zur Folge haben können. Zweifellos kann man an dem Völkerbund, so wie er heute zusammengesetzt ist und funktioniert, Kritik üben. Gleichwohl muß man den Mut haben zu erklären, daß in seiner Weiterentwicklung zu einer demokratischen und wirklich internationalen Organisation die wahre Garantie für den Frieden und die Sicherheit der Welt liegt. Alle, die wahrhaft den Frieden wollen, müssen für eine über den Nationen stehende Souveränität eintreten. Es muß ein internationales, über dem Willen und der Willkür der Herrschenden stehendes Recht geschaffen werden; in allen Ländern muß eine einheitliche Bewegung erzeugt werden, die alle jene in ihre

letzten Verschanzungen zurücktreibt, die unablässig vom Frieden reden, deren Taten aber auf die entgegengesetzte Wirkung abzielen.

Eine derartige internationale Autorität: Seit eine internationale Wehrmacht voraus. Man kann erwidern, daß die Reaktion sich einer derartigen Wehrmacht gegen den sozialen Fortschritt bedienen könnte. Wenn die Völker jedoch fest entschlossen sind, ihre Regierungen auf diesen Weg zu zwingen, werden sie auch die Macht erlangen, eine Kontrolle zu üben, die es ihnen möglich macht wird, darüber zu wachen, daß diese Wehrmacht nicht in den Dienst irgendwelcher Einzelinteressen gestellt wird.

Die Arbeiterklasse hat ein genau vorgezeichnetes vorläufiges Ziel, das für sie eine Charta der Garantien bedeutet: Widerstand gegen den Krieg durch die Weigerung, ihm Waffen und Munition zu liefern. Der Internationale Gewerkschaftsbund schließt sich an, mit der Gesamtheit aller Kräfte, die den Frieden wollen, einen internationalen Versuch zu wagen, der es ermöglichen soll, die Wiederkehr aller bösen Instinkte der Vergangenheit zu verhindern und den Weg frei zu machen für eine wirtschaftliche und allgemeine Politik, die im Gegensatz zur heutigen gegen die friedliche Entwicklung gerichtet, die Erhaltung des Friedens erstrebt."

Tages-Neuigkeiten.

Drohende Zeichen.

Eine ungeheuerliche Welle drohender Reaktion überflutet Europa. Da ist kein Land, das verschont bliebe, da ist fast kein Ort, in dem sich nicht Zeichen bemerkbar machen, daß dem Vorwärtsschreiten der Revolution, den Errungenschaften des höchsten Kampfes der Hand- und Fußarbeiter, der sozialistischen Lohn- und Gehaltsarbeiter schwerste Gefahren bevorstehen. In der Folgezeit sind in Italien, nicht nur die schweren Ernteverluste in Bayern und in ganz Deutschland sind ein warnendes Merkmal, nicht nur die französische Siegerfaust droht dem Proletariat des eigenen Landes und der besiegten Staaten mit immer gewaltigerer politischer Anrechnung und wirtschaftlicher ...erdrückung — auch in der Zukunft erhebt sich das Bürgerturn und die reaktionäre Staatsgewalt immer höher das Haupt. Das deutsche Bürgerturn unterwirft sich hierbei nicht um ein jota von der französischen und der tschechischen Bourgeoisie. In Deutschland schließt es die Sozialisten in den Kerker, in Oesterreich bewaffnet es die reaktionären Bauern und zur gleichen Zeit, da in Judenburg Arbeiter aus den Betten ins Gefängnis geschleppt werden, weil sie es wagten, der Reaktion in den Arm zu fallen, wird in Deutschböhmen von den Salzkrieglern die Verlesung eines ersten deutschen Dichters mit Krassa und Schimpf verhindert, weil er ein Jude ist, spielt sich in Prag ein kleines Häuflein habsburgerlicher Studenten als Herr der Universität auf, kehrt diese erste deutsche Bildungshütte und die ganze Öffentlichkeit in Unruhe, weil der Rektor der Hochschule, ein Jude, dem roten Terror der Völkischen nicht zu weichen entschlossen ist. Wenn Lodgman deutschsprachige Bürgermeister stürzen kann, da er im frischengelegten "Kampfe" zu landen war, warum sollten da ein paar deutsche Ehrlichenschafter die eine so vorbildliche politische Schulung gemessen, nicht einen jüdischen Rektor zum Teufel jagen müssen und können! Bei wie kämpft es sich herrlich unter dem Banner des Antisemitismus! Mehr noch als vor der Revolution ist heute Antisemitismus gleichbedeutend mit Reaktion. Durch die Revolution sind so wie in Deutschland auch hier anderwärts gar manche Schranken gefallen, jenseits derer es für die durch das Blut Auserwählten noch gewisse Vorrechte gab. Nun diese Schranken gefallen, ist der Antisemitismus der ehemals Bevorrechteten mächtig angeschwollen. Heute bedecken sich die Begriffe Antisemit und Reaktionsvollständig. Nach Heinrich

Seine ist ja eben der Antisemitismus nichts anderes als die Wut der früher Bevorrechteten über den Verlust ihrer Vorrechte oder, was dasselbe ist, über die Aufhebung der Entrechtung der Entrechteten. Wenn die Juden in die Judengassen und die Arbeiter in das alte Joch zurücktröhen, würden sie von der Reaktion nicht mehr gehaßt werden. Aber die Entrechteten kriechen nun nicht mehr zurück, sondern stehen in strenger Wacht vor ihren Errungenschaften. Die sozialistische Arbeiterschaft wertet die Vubestreiche der antisemitischen deutschböhmischen Studenten auch nur als eines der vielen Anzeichen, daß sich die Reaktion wie seit jeher auch die Fahne des Antisemitismus nur zu dem Zwecke ausgefacht hat, um die weiteren, gefährlichen Ziele zu erreichen. Daß sie, die Salzkriegler, nicht an ihr Ziel gelangen, dafür wird gesorgt werden. Wir haben das Signal verstanden und rüsten.

Reaktionäre Provokationen in Steiermark. Die ortsgehenden Rüstungen der steirischen Heimwehren hat in Judenburg zu einem schweren Konflikt geführt. Ganz offen bewaffnete die christlichsozialen und großdeutschen Reaktionäre unter dem Schutze und der Beihilfe der klerikalen Landesregierung ihre weißen Garder. Durch diese Rüstungen fühlt sich die Arbeiterschaft Steiermarks, die überdies durch eine schwere industrielle Krise beunruhigt ist, schwer bedroht und es ist nicht zu verwundern, daß die Arbeiter von Judenburg, eines der großen steirischen Industriebezirke, vor kurzem den Versuch unternahmen, den reaktionären Heimwehren die Waffen abzunehmen. Daraufhin wurde Judenburg förmlich unter Belagerungszustand gestellt; die riesige Anzahl der dort konzentrierten Soldaten und Gendarmerie erzeugte selbstverständlich große Erregung unter den Arbeitern. Nicht genug damit, wurden wahllos Verhaftungen von Arbeitern vorgenommen, die man verdächtigt, an der Abholung der Waffen aus drei (!) Bauernhäusern teilgenommen zu haben. Diese Arbeiter, unter denen sich auch der sozialdemokratische Parteisekretär Chalupka befindet, wurden bei Nacht aus den Betten geholt und nach Graz ins Gefängnis gebracht. Also weil die Judenburger Arbeiter gegen die gesetzwidrige, aber von der christlichsozialen Landesregierung geförderte Bewaffnung der Bauern einschritten, wurde Judenburg in ein Heerlager verwandelt, wurden Arbeiter auf Befehl des Landeshauptmanns Rintelen ins Gefängnis gesteckt! Unsonst protestierte eine Abordnung der Judenburger Arbeiter beim Landeshauptmann, der erklärte, daß er die "Sicherungsmaßnahmen" weiter aufrechterhalten müsse. Diese reaktionäre Provokation der österreichischen Arbeiter durch das christlichsoziale Regime hat in der Diensttagung des Nationalrats einen sozialdemokratischen Sturm hervorgerufen. Unsere Genossen forderten die sofortige Zurückziehung der nach Judenburg entsandten Gendarmen und die Einstellung aller übrigen oben geschätzten Maßnahmen. Nach der Sitzung zu schließen, die noch gestern in Obersteiermark herrschte, würde sich die österreichische Regierung mit einer schweren Verantwortung belasten, wenn sie nicht schleunigst nicht nur die Folgen des Überfalls auf Judenburg wieder gutmacht, sondern auch der gefährlichen Heimwehrenbewaffnung in Steiermark ein Ende bereitet.

Gegen den Terror in der von Polen okkupierten Ukraine richtet sich folgender Aufruf der ukrainischen Emigrantenkolonie in Podgorad (Tschechoslowakei): Wir Studenten, Professoren und die anderen ukrainischen Emigranten, 402 Personen, versammelt am 1. November 1922 in Podgorad, am Jahrestage der Wiedereinstellung des selbständigen ukrainischen Staates in das gewesene österreichische Gebiet, die wir mit höchstem Interesse dem hartnäckigen Kampfe der ukrainischen Bevölkerung Galiziens, Wolhyniens, des Cholmland und Podjassie gegen den polnischen Okkupanten folgen, protestieren auf das entschiedenste gegen die Okkupation der westukrainischen Gebiete durch Polen, gegen die

Die Tänzerin.

Von Max Wohlwend.

Als Bando sechzehn Jahre alt war, wurde er plötzlich von einer argen, unerklärlichen Krankheit befallen. Lange schwebte der Jüngling zwischen Leben und Tod. In den fieberhaften Selbstgesprächen, die er oft Tage lang führte, tauchte immer wieder die Frage nach dem Sinn des Lebens auf. Warum die Leiden? Warum der Schmerz? Warum die Sehnsucht? Wo komme ich her? Was soll der Mensch auf dieser Welt? Wohin nur führt sein Weg? Hundert Fragen erheischten stets nur Deutung für den Sinn des Lebens.

Als Bando nun genesen war, da zog er aus dem kleinen Dorfe im Norden Indiens fort, wanderte Tage und Nächte lang südwärts, suchte Menschen, die er nach dem Sinn des Lebens fragte. Zunächst kam er durch einen großen, finsternen Wald. In einer Dichtung stieß er auf fünf Bühler, die bis auf einen in seltsam verrenkten Stellungen saßen, standen und hingen. Ihre Blicke waren nach innen gerichtet, still und unbeweglich nach innen gerichtet.

Bando redete den Ersten an, der, den rechten, schon verbrannten Arm unablässig nach dem Himmel streckend, da stand. „Will der Verehrungswürdige mir etwas wissen vom Sinn des Lebens erklären?“ „Ah! U!“ antwortete der Bühler. „Sonst nichts; denn sein Junge war herausgeschritten.“ Bando wandte sich schauernd ab und trat vor den Zweiten hin, er, den Kopf nach unten, von einem Baume hin, aber auch dieser gab keine Antwort. Auch der Dritte und Bierter nicht.

Schon fast verzweifelt wandte sich Bando an den Fünften, der in der vorgeschriebenen Stellung eines Bhobisat mit untergeschloffenen Beinen da saß. Während die Gebetsperlen durch die dünnen Finger glitten, murmelte seine Lippen immer und immer wieder das eine Wort „Om“. Bei jeder fallenden Perle „Om“!

„Will der Verehrungswürdige“ fragte der Jüngling mit bebender Stimme, indem er sich etwas festlich und mit gefalteten Händen vor ihn hin stellte, „will der Verehrungswürdige mir gültig den Sinn des Lebens erklären?“

„Das Leben ist nichts — Leben ist nichts. Es ist nur Traum — nur ein Traum!“ antwortete der Bühler langsam mit hohler Stimme, die kaum mehr menschlich klang.

„Ja, aber hat denn dieser Traum gar keinen Sinn?“ „Nava — Illusion!“ „Und was suchen denn die Verehrungswürdigen hier?“ „Nirwana — Erlösung von der Illusion des Lebens — Illusion des Lebens!“ Der Bühler zog langsam seine Blicke von dem fragenden Jüngling zurück und verrenkte sich wieder in seine Selbstbetrachtung: „Om!“ bei jeder gleitenden Perle „Om — Om“

Mit einem Seufzer setzte Bando seinen Weg fort. Jemandem und irgendwem, so sagte er sich, werde ich schon noch Antwort finden, denn einen Sinn muß doch dieses Leben haben, irgend einen Zweck, der, wenn auch noch so verborgen und geheimnisvoll, doch irgendwie den Menschen kund gegeben werden muß.

Nach langer Wanderung stieß er auf einen Trupp Krieger, die bis an die Zähne bewaffnet, in schönster Ordnung dahergogen.

„Was tut ihr hier, liebe Leute?“ — „Wir ziehen in den Krieg!“ — „Und zu was zieht ihr in

den Krieg?“ — „Ei, weil wir leben müssen.“ — „Ihr werdet aber töten oder gar selbst getötet werden.“ — „Gewiß; aber das ist eben unser Handwerk. Wir sind, was unsere Väter waren und unsere Kinder nach uns sein werden.“

Unbefriedigter denn je zog Bando weiter. Wie sinnlos, dachte er traurig, ist doch das Gebaren dieser Leute! Sie leben, um zu töten, und töten, um zu leben. Grausamer Wahnsinn ist es und wahrnehmbare Grausamkeit! Sollte der Verehrungswürdige doch recht haben: Maya ist alles — ein wäfler Traum!

Bando ließ sich indessen nicht so schnell abschrecken. Er zog weiter und kam auf eine große, fruchtbare Ebene hinaus. Da waren viele Menschen damit beschäftigt, das Korn zu schneiden und in Garben zu binden. Überall standen Ochsenkarren, die beladen wurden.

„Was tut ihr da, liebe Leute?“ — „Wir ernten, wie du siehst?“ — „Und zu was erntet ihr?“ — „Um zu leben.“ — „Und zu was lebt ihr denn?“ — „Ei, wir leben, weil wir geboren wurden. Weil unsere Väter vor uns gelebt und unsere Kinder nach uns leben wollen.“ — „Und das ist der ganze Sinn eures Daseins?“ — „Alles, was wir zu sagen vermögen. Friede sei mit dir.“

Bando schritt auf ein Dorf zu, das eine halbe Stunde vor ihm an einem Flusse lag. Dort sah vor einer elenden Lehmhütte ein Töpfer bei der Arbeit. Neben ihm hockte ein kleiner, nackter Knabe im Sand, der versuchte, aus Lehmstücken des Vaters Krugformen nachzuahmen.

Bando grüßte freundlich und fragte: „Was tut ihr da, lieber Mann?“ — „Wie du siehst, forme ich Krüge, die ich verkaufen möchte.“ —

„Und zu was tust du das?“ — „Ei, um zu leben.“

„Und zu was lebst du denn?“ — „Damit andere essen und trinken können.“

Bando mußte erkennen, daß er auch hier nicht um einen Fuß breit seinem Ziele näherkomme. Er kaufte sich einige Früchte, um irgendwo unter einem Baum seine lange Waghzeit einzunehmen und auszuruhen. Als er am letzten Hause des Dorfes vorbeigehen wollte, hörte er leisen Gesang. Er trat in die Haustüre und sah in ein dämmriges Gemach hinein, in dem ein junges Mädchen tanzte. Bando blieb wie versteinert stehen. Als das Mädchen ihn erblickte, nickte es ihm freundlich zu und lud ihn ein, auf die Matte zu sitzen. Der Jüngling grüßte ehrerbietig und, wie einem Befehle gehorchend, setzte er sich hin, während die junge Schöne, die Arme hinter dem Kopf verschränkt, vor ihn hintrat und lächelte.

„Was tust du da?“ — „Ich tanze, edler Herr.“ — „Warum tanzt du?“ — „Weil es mir Freude macht.“

Mit diesen Worten sprang sie in die Mitte des Gemaches, schlug die Arme hoch und begann sich in den Hüften zu wiegen. Bando erblickte. Seine Augen begannen zu feibern. Als nun gar das Mädchen Arme und Hände in seltsam schöner Bewegtheit und in lockenden, aufreizenden Gebärden spielen ließ, da sprang der Jüngling auf und rief das junge Weib an seine Brust. In den Armen des schönen Mädchens erstarb die Frage nach dem Sinn des Lebens. Erfüllt von Glück, das Leben preisend, machte sich Bando auf den Heimweg.

Streit an der Prager deutschen Universität.

Hakenkreuzlerischer Terror. — Vorläufige Sittierung der Vorlesungen.

gewalttätige Durchführung der Wahlen zum Warschauer Parlament dem Willen der ukrainischen Bevölkerung entgegen, gegen den unerhörten Vandalismus in der Ausrottung der ukrainischen Kultur, gegen das Verbot der ukrainischen Universität in Lemberg und die planmäßige Vernichtung des ukrainischen Schulwesens, gegen die Verfolgungen der ukrainischen Intelligenz, der Arbeiterklasse und des Bauerntums, gegen das polnische Gericht über S. Fedak und Genossen für den Hochverrat an einem Staate, dessen Bürger sie nie gewesen, gegen die gewalttätige Kolonisierung der ukrainischen Gebiete durch polnische Einwanderer, indem das ukrainische Landproletariat zur Massenwanderung gezwungen wird, gegen den unerhörten Terror seitens des polnischen Militärs, der Gendarmerie, der Polizei und der Geheimagenten, die durch Schikanen und Requisitionen das Land quälen und Hunderttausende der ukrainischen Bevölkerung dem Hungerelend überlassen. Wir sind dessen überzeugt — heißt es am Schlusse des Aufrufs — daß unser Protest in der ganzen Kulturwelt einen mächtigen Widerhall finden wird. Wir begrüßen den heldenmütigen Kampf der ukrainischen Bevölkerung gegen die Gewalthaten! Es lebe die Selbstbestimmung der von Polen geknechteten Gebiete!

Diese von Gott gesandte Menschheit... Die „Einigkeit“ der deutschbürgerlichen Parteien untereinander wird von Tag zu Tag herzergrößernder. Die Hakenkreuzler lassen sich unter keinen Umständen das Vortrecht nehmen, daß sie allein dazu berufen und fähig sind, im Namen des Volkes zu reden, zu schreiben und natürlich auch zu kämpfen. Und während fällt der Duxer „Tag“ über die Christlichsozialen her und verneint im Leitartikel eines Herrn Hönlinger entschieden die Frage: „Ist die christlichsoziale Partei eine deutschfühlende Partei oder nicht?“ Hundertmal sind die Knirsch und Jung mit den Böhr und Feierfeld beisammengesessen, um die deutsche Einigkeit zu schmieden und nun müssen sich die Schwarzen von den Gelben folgendes Memento gefallen lassen: „Der Christlichsozialen aber raten wir, sich vor der deutschen Bevölkerung nie wieder als Verteidiger der deutschen Rechte, als Kämpfer fürs Deutschtum aufzuspielen, sonst werden wir uns gezwungen sehen, ihrem Gedächtnis ein wenig nachzuhelfen.“ — Die Christlichsozialen werden sich das jedenfalls gesagt sein lassen oder sie werden sich dazu bequemen müssen, von nun an nach der einzig richtigen Auffassung vom Deutschtum zu handeln, die im „Tag“ so treffend in die Worte zusammengefaßt ist: „der germanisch-ariatische Mensch, diese von Gott gesandte Menschheit“.

Neue Geheimorganisationen in Preußen. Aus Berlin wird uns gemeldet: Das Gesetz zum Schutze der Republik, auch seine besonders scharfe Anwendung durch die preussische Regierung, hat bisher noch nicht vermocht, die Neugründung von Geheimorganisationen zu verhindern. Trotz der Auflösung der bekannten Vorkriegsorganisationen sind rechtsradikal Kreise zu der Gründung neuer Verbände geschritten. So existiert heute in Preußen neben der „National-Sozialen Vereinigung“ eine Organisation, die mit der Hitler-Garde nicht nur geistesverwandt, sondern auch eng zusammengeknüpft ist, ein „Selbstschutz Charlottenburg“ und ein „Heimatbund Brandenburg“. Nach den bisherigen Feststellungen über diese Verbände ist Kobach, wenn auch nicht der eigentliche Gründer, so doch der Leiter dieser Organisationen. Hieraus ist auch seine Verhaftung, die tatsächlich erfolgte und durch den Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes wieder aufgehoben wurde, zu erklären. Insbesondere erstreckt sich sein Arbeitsgebiet auf Norddeutschland, wo er für die „National-Soziale Vereinigung“

Die deutsche Universität in Prag war gestern der Schauplatz einer wütenden deutschnationalen Hepe. Die „Deutschscharische“ Studentenschaft, die nach der Wahl des Professor Dr. Steinberg zum Rektor in einer Protestversammlung in Aufruf gegen diese Wahl Stellung genommen hat, weil dadurch nach ihrer Ansicht der „Verjudung“ der deutschen Universität Vorschub geleistet wird, hat gestern durch einen Streit ihrem Unwillen über den jüdischen Rektor der Öffentlichkeit gegenüber Ausdruck gegeben. Die deutschscharischen Studenten, die immer das große Wort von dem Wohl des Volkes im Munde führen, konnten natürlich nicht umhin, der Prager Defensivität, für die ein Streit der Deutschen untereinander über Rassenfragen Wasser auf ihre Mühlen bedeutet, das Schauspiel zu bieten, daß das höchste Kulturgut der Deutschen in diesem Staate zum Schauplatz wüster und ekelregender Rauffezzen wurde. Natürlich können sie durch ihren Streit nur bewirken, daß solche Rauffezzen, wie sie sich gestern beim anatomischen Institut ereignet haben, wiederholen, sie werden es aber hoffentlich nicht durchzusetzen vermögen, daß der Rektor und der akademische Senat, der ihn mit Stimmenmehrheit gewählt hat, vor den Bübereien dieser Ausschüden den Rückzug antreten und so den Skandal noch vergrößern wird. Die Wahl des Dr. Steinberg zum Rektor erfolgte durch freien Entschluß des Senates und dieser Senat muß nun Würde genug bewahren, um seine Aktionsfreiheit nicht durch den Terror einiger „Deutschscharischer“ beengen zu lassen.

Im Nachstehenden bringen wir einen Bericht über die Ereignisse, die sich gestern an der Universität abgespielt haben:

Schon in den frühen Morgenstunden war die Furcht des Karolinums und der Vorkaum zu den deutschen Hörsälen im Klementinum von „deutschscharischen“ Studenten besetzt, die den zu den Vorlesungen erschienenen Studenten den Zutritt zu den Hörsälen verweigerten. Um elf Uhr vormittags mußten daher die Vorlesungen in allen von den Streikenden besetzten Instituten sistiert werden. Zu unerquidlichen Szenen kam es vor dem anatomischen Institut in der Krankenhaushausgasse. Hier verlangten ungefähr 600 Studenten Einlass. Das Tor des Instituts war versperrt und dahinter stand eine Menge von streikenden Lechnitern, Juristen, Medizinern und — Mittelschülern. Auf das Verlangen der vor dem Tor harrenden Studentenmenge, die Streikposten mögen abziehen, wurde von den hinter der Tür Postierten eine ablehnende Antwort gegeben. Als dann einige Studenten das Tor zu stürmen versuchten, holten die „Böckischen“ aus den Kellern der Nachbarinstitute „Verstärkungen“ herbei, die im Verlaufe der sich jetzt ergebenden Schlägereien hilfreich mit Stöcken und Gummimützeln eingriffen. Schließlich forderten Polizei-offiziere die Studenten auf, den Platz vor dem Institut zu räumen, was auch tatsächlich geschah.

efrig wirkt und wo er für die Verwirklichung der faschistischen Idee arbeitet. Die preussische Regierung ist in den Besitz umfangreichen Materials gelangt, das über die Absichten rechtsradikaler Kreise für den kommenden Winter weitgehende Aufklärung gibt. Die genannten Verbände stehen sämtlich mit München in engster Verbindung.

Ueber die Brünner Spionageaffäre meldet das tschechische Preßbüro: Die Militärbehörden

Während der Krawalle vor dem Institut hatten die Deutschscharischen eine Abordnung zum Rektor entsandt, um ihn zum Rücktritt zu bewegen. Der Rektor erklärte, daß er dieser Forderung nicht nachkommen werde. Einer Abordnung liberaler Studenten gegenüber erklärte Dr. Steinberg, daß die weiteren Verfügungen der akademische Senat treffen werde.

Die Streikenden besetzten gleichfalls die Rektorskanzlei und hinderten unter anderem im Karolinum einen Kandidaten, der ein Rigoratum ablegen wollte, daran, den Prüfungssaal zu betreten. Sie gestatteten auch nicht die Vornahme von Inschriften. Auch an der medizinischen Fakultät konnten keine Prüfungen abgehalten werden, da das Desanatgebäude besetzt war. Die Deutschscharier verbreiteten vorgestern und gestern in der Früh unter der Studentenschaft ein Flugblatt, in dem sie ihrer „Empörung“ über die „Verjudung der deutschen Universität“ Ausdruck geben und die Studentenschaft zum Streit aufrufen. Die Nichtbeteiligung am Streit erklärten sie in diesem Flugblatte als „Fahnenflucht“. Von besonderem Dunkel spricht der letzte Absatz des Flugblattes, in dem es heißt: „Bedenkt, Eure Heimat, das ganze Sudetenland, blickt in diesen ersten Stunden auf Euch. Beweist, daß uns kein Kampf zu hart ist, wenn es um das höchste Kulturgut unseres deutschen Volkes geht. Vergesst jedoch nicht, daß wir unser Ziel nur erreichen können durch Einigkeit und Zucht in unseren Reihen“.

Im Laufe des Nachmittags haben die nicht-streikenden Hochschüler Versammlungen abgehalten, in denen sie zu dem Willkürakte der deutschscharischen Studenten Stellung nahmen. In diesen Versammlungen wurde ein Ausschuss eingelebt, der den Beschluß gefaßt hatte, daß die Studenten heute die Vorlesungen besuchen sollten. Sollten sie am Besuche der Vorlesungen gehindert werden, so haben sie sich auf dem Karlsplatz zu versammeln, wo sie weitere Weisungen erfahren werden.

Am fünf Uhr abends fand eine Sitzung des akademischen Senats statt. Der Senat beschloß, die Vorlesungen bis auf weiteres zu sistieren und einen fünfgliedrigen Ausschuss zu wählen, der Vorschläge zur Verbesserung der Ordnung erstatten soll. — Wir wir aus Studententreisen erfahren, beabsichtigen die Deutschscharier heute den Streit fortzusetzen, um so den Rücktritt des Rektors zu erzwingen. Die ganze Angelegenheit dürfte noch große Krawalle zur Folge haben, da die Immatrikulation noch bevorsteht und die „böckische“ Studentenschaft unter einem „volksfremden“ Rektor weder sich immatrikulieren, noch promovieren will.

Sozialistische Studenten!

Haltet euch von allen eigenmächtigen Aktionen fern; besondere Weisungen sind bereits ergangen. Der Ausschuss der Fr. D. S. M.

haben festgestellt, daß außer den vom Leutnant Georg Nowakowski und seinen Genossen gefaschten Akten eine Reihe militärischer Befehle aus dem Landesmilitärkommando in Brünn ins Ausland verschahert wurde. Dr. Spion einer Macht im Norden pflegte anfangs regelmäßig selbst um diese Befehle zu seinem Schwager, dem 27jährigen Kanzleibehilfen und Kriegsbeschädigten Josef Liska, der bei

der Verwaltung der Militärversorgung des Landesmilitärkommandos angestellt war, nach Brünn zu kommen, später sandte er andere Personen, Liska verschaffte sich die Befehle von dem ihm bekannten 33jährigen Diener Josef Vrbovský, einem Kriegsbeschädigten, der im Exzedit des Brünner Landesmilitärkommandos beschäftigt ist, wo er sich entwendete. Einer von den nach Brünn um die Befehle kommenden Vermittler war der 47jährige Ludwig Sebeňhi, Beamter der tschechoslowakischen Staatsbahnen, ange stellt beim Eisenbahnstationsamt in Tschechisch-Teschen, der auch einen Teil des Mobilisierungs-Eisenbahnfahrplanes ins Ausland verkaufte. Mit dieser Affäre hängt auch die Verhaftung des Oberleitenden der tschechoslowakischen Staatsbahnen Josef Tlacs aus Tschechisch-Teschen zusammen, der gestand, den Mobilisierungsfahrplan der Ostbahn-Oberberger Bahn Sebeňhi geliefert zu haben. Die genannten vier Personen, von denen Liska, Vrbovský und Tlacs ein Geständnis abgelegt haben, wurden verhaftet und dem Landesstrafgerichte in Brünn wegen Spionage in die Untersuchungshaft eingeliefert.

Die Errichtung von Rußkammern vor nimmere Gegenstand der Tagesordnung der Sitzung des Subkomitees des Kulturausschusses des Senates. Die Regierungsvorlage wurde unter Anwesenheit von Sachverständigen und Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen der Rußler sowie auch der tschechischen und deutschen Rußkammern verhandelt. Die nächste Sitzung des Subkomitees findet am 22. November statt.

Die Unruhen am Rhein. Gestern vormittags ist eine merkliche Entspannung in Düsseldorf eingetreten. Während der Nacht und auch während des vormittags haben sich neue Aufstürzungen nicht ereignet. Die Düsseldorfer Anständigen, die versuchten, die Bewegung nach Wühlheim zu tragen, und in die Thyssenhütte einzudringen, wurden von der Polizei abgewiesen. Gegenwärtig sind Verhandlungen zwischen den Streikenden, den Gewerkschaften und den Arbeitgebern im Gange.

Rudolf Kjellen gestorben. Dienstag starb in Stockholm Rudolf Kjellen, Professor der politischen Wissenschaften an der Universität von Uppsala. Der Verstorbene spielte eine hervorragende Rolle in der schwedischen Politik als Mitglied des Reichstages und als politischer Schriftsteller. Er war einer der ersten, der an den Friedensverträgen vernichtende Kritik geübt und die für die Welt verhängnisvollen Folgen des Ententebündnisses nachgewiesen hat.

Ein Geldbeutel mit zehn Millionen Mark gestohlen. Beim Verladen von Geldbeuteln vor der Reichsbank in Berlin wurde ein Beutel mit 10 Millionen Mark in 10.000 Markscheinen gestohlen.

Zwei Knaben in einer Höhle ums Leben gekommen. In der Nähe des Bahnhofes Oßlegg-Riesenberg befindet sich eine stillgelegte Sandgrube des Stilles Oßlegg. Aus dieser Grube holte sich die Bevölkerung öfters Sand, so daß schließlich eine Höhle in den Sandstein gegraben wurde. In diese Höhle begaben sich auch die zwei Knaben Simel, die im Alter von 13 und 15 Jahren standen, um Sand zu holen. Da jedoch zu gleicher Zeit andere Leute über die Höhle gingen, geriet das Material in Bewegung und verschüttete die beiden Knaben. Arbeiter leisteten zwar sofort Hilfe, doch war es bereits zu spät, denn man fand die beiden Knaben nur noch tot.

Töblich verunglückt. Bei einem Spaziergange auf den Wälschradler Schanzen stürzte der Jng. Johann Souhrada aus Prag-Wälschrad infolge Ausgleitens von einer Schanze auf die nach Pantray führende Straße. Er erlitt schwere Verletzungen und wurde auf die Klinik des Prof. Jedlička überführt, wo er starb.

Copyright 1922 by Der Welt-Verlag, Berlin-Gatow.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (16) Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

Berties Gebrüll prallte vom Windschutz in unsere schmerzenden Ohren zurück. Als wir weiterführten, und der Lärm abebbte, beantwortete ich Zimmermanns Fragen. „Es sind Studenten, sie haben eine andere Universität besetzt, feiern ihren Triumph.“

„Ja, aber wie können sie so gleichmäßig, alle auf einmal schreien?“

„Das haben sie selbstverständlich geübt.“

„Geeh! Wollen Sie damit sagen, daß diese Burbschen zusammenkommen und sich in einem solchen Gebrüll üben?“

„Ja.“

„Sie tun das kalten Blutes?“

Ich lachte. „Das Blut der Jugend ist wohl selten wirklich kalt. Während sie üben, stellen sie sich wahrscheinlich den Sieg vor.“

Zimmermann sprach, halb zu sich selbst: „Ihr macht aus euren Kindern Nobbs, trainiert sie hierzu.“

„Es ist nicht so arg.“ entschuldigte ich. „Ist gutmütiges Spiel.“

„Ja, ja. Was anderes aber ist Spiel, als die Übung für die Wirklichkeit? Wie soll in wilden Kriegszuständen die Liebe gelernt werden?“

Es heißt allgemein, wir hätten jetzt dem Krieg eine neue Generation junger Menschen; eine Generation, die selbständig denkt und ihren eigenen Willen hat. Im Abstrakten bin ich ein Verehrer dieser Idee, nun jedoch, da ich der konkreten Form begegnete, war ich etwas verblüfft. Bertie wandte sich plötzlich um zu, fragte mit harter Stimme: „Wo ist denn der Keil ausgewachsen?“

„Bertie, Liebster,“ rief seine Mutter. „Sei nicht unhöflich.“

„Ich bin nicht unhöflich. Möchte bloß wissen, woher er seine blöden Ideen nimmt.“

„Bertie, Liebster!“ rief seine Mutter abermals und ich wußte nun schon ganz genau, daß sie seit achtzehn oder neunzehn Jahren „Bertie, Liebster!“ rief, in einem Ton, in dem sich leise Mühe mit törichter mütterlicher Bewunderung mischte. Und Bertie hat die ganze Zeit getan, was ihm beliebte, wohl wissend, daß die Mutter im geheimen sein herrisches Wesen bewundert, es als ein Symptom der Stebbinschen Größe aufgefaßt habe. Ich glaube ihn in seiner frühesten Kindheit zu sehen, wie er mit den Füßen stampft, der Erzieherin befiehlt, ihm ein Taschentuch zu bringen, ihr, wenn sie säumt, einen Schuß an den Kopf wirft.

Und nun kam Lucinda an die Reihe. Sie litt noch immer unter der gesellschaftlichen Schmach, die ihr die Mutter angetan hatte. Als Zimmermann ins Automobil stieg, starrte sie ihn unverblümt an, warf dann das Kinn hoch, beachtete meinen Versuch, ihn ihr vorzustellen, nicht im geringsten. Seither war sie stumm geblieben, kalt und stolz. Nun aber sprach sie: „Mutter?“ fragte sie, „müssen wir wieder mit diesem abscheulichen fetten alten Juden zusammenkommen?“

Frau Stebbins war klug genug, um zu erkennen, daß dies nicht die geeignete Zeit sei, um die Seele eines eventuellen Morgenrösten zu erforschen. Statt dessen plauderte sie von einem Gartenfest, das sie zugunsten der Polenhilfe in der nächsten Woche geben wollte. „Polen ist der Wall der Welt gegen den Bolschewismus,“ erklärte sie und fügte hinzu: „Bertie, Liebster, fährt du nicht zu unvorsichtig?“

Bertie drehte den Kopf um. „Hörtest du denn nicht, daß ich dem alten Shenny) sagte, ich würde ihn schlagen?“

1) Amerikanische Argotbenennung für Jude.

„Ja, aber, Bertie, Liebster, die Strafe ist sehr beschränkt.“

„Die Leute sollen nur aufpassen.“

Etliche Minuten später schien es dann doch, als ob der Sohn und Erbe der Stebbins sich herablassend, den Rat seiner Mutter zu befolgen. Das Automobil fuhr plötzlich langsamer, so plötzlich, daß wir fast von den Sitzen geschleudert wurden. Die Bremsen freischte, die Räder stießen auf irgend-einen Widerstand, vom Trottoir aus gestie ein wilder Schrei auf, dem der halberstimmte Ausruf des Chauffeurs folgte. Frau Stebbins leuchtete: „Oh, mein Gott!“ Lucinda rief ärgerlich: „Mama!“ Zimmermann blickte mich verwirrt an, fragte: „Was geschah?“

20.

Der Unfall hatte sich in einer ungünstigen Gegend ereignet, in einem der überfüllten Slumviertel, in dem es von Mexikanern, Italienern und anderen Ausländern wimmelt. Natürlich konnte er sich nur in einem derartigen Viertel ereignen, denn bloß dort laufen des Nachts die Kinder umher. Ein Kind lag unter den Vorderrädern, so schrecklich zerquetscht, daß man es kaum ansehen, geschweige denn anrühren konnte, und ein zweites war in den Rinnstein geschleudert worden. Eine alte Frau stand daneben, die Hände hoch gehoben, schrie in einem Ton der Angst und der Wut, wie ich ihn im Leben noch nie gehört hatte. Sie schreute das ganze Viertel auf; noch ehe einer von uns das Automobil verlassen hatte, kamen schon aus zwanzig Häusern Leute herbeigelaufen.

Der erste, der heraussprang, war Zimmermann. Er warf einen Blick auf die Gestalt unter dem Rad, erkannte, daß es hier keine Hoffnung mehr gab. Dann lief er zum Rinnstein, hob das Kind heraus, hielt es in seinen Armen. Er sah auf einem Pressstein, blickte in das klägliche, zitternde kleine Gesicht und flüsterte, tief traurig, sanfte Worte. In der Nähe brannte eine Laterne,

man konnte das Gesicht des Kindes sehen und auch Zimmermanns Züge.

Nun kam eine Frau, anscheinend die Mutter des toten Kindes. Sie sah die Gestalt unter den Rädern, schrie auf und wurde ohnmächtig. Ein Mann erschien, wohl der Vater, und noch andere Verwandte eilten herbei, umdrängten das Automobil und das Opfer. Ich trat auf Zimmermann zu, fragte: „Ist das Kind tot?“ Er erwiderte: „Ich glaube, es wird leben.“ Sehend, daß die vordringende Menge das Kind zu ersticken drohte, erhob er sich. „Wo wohnt das Kind?“ Jemand wies auf das Haus, und er trug seine Bürde hinein. Ich folgte ihm, und dies war ein Glück, denn nur so konnte ich tun, was mir zu tun bestimmt war.

Er betete das Kind auf ein Lager, legte ihm die Hände auf die Stirn, schloß die Augen und schien im Gebet versunken. Ich hörte, wie drauhen der Lärm immer mehr zunahm, ging zur Tür, schaute hinaus und bemerkte, daß sich die Familie Stebbins in einer furchtbaren Lage befand. Die Leute hatten Bertie und den Chauffeur aus dem Wagen gerissen, brüllten ihnen Drohungen ins Gesicht. Der arme Bertie brüllte zurück, es sei nicht seine Schuld gewesen, was hätte er tun sollen? Sie aber waren der Ansicht, er hätte es vermeiden können mit seinem vornehmen großen Automobil in ihr Viertel zu kommen; weshalb halte er sich nicht? In seinem eigenen Stadtteil hätte die Kinder der Reichen? Ein Mann schob ihn ins Gesicht und warf ihn zu Boden; Frau Stebbins schrie laut auf, sprang aus dem Wagen, um ihm zu helfen, ein halbes Duzend Frauen stürzte sich auf sie, Männer drangen gegen den Chauffeur vor. In der Nähe lag ein aufsen Ziegelstein, und sicherlich wären in der Tasche dieser Ausländer Messer. Ich glaube, die kleine Gesellschaft wäre in Stücke gerissen worden, wäre ich nicht auf den Gedanken gekommen, Zimmermann zu rufen.

(Fortsetzung folgt)

25 Jahre Klassenbewußter Angestelltenbewegung in Prag.

In diesen Tagen, vom 16. bis 19. November 1922 begeht der Prager Zentralverband der Handels- und Industrieangestellten das Jubiläum seines 25jährigen Bestandes. Alle Traditionen verbinden auch uns mit dem Verbands, war es doch der Vorläufer dieses Verbandes, der ehemalige „Fachverein der Handelsangestellten“ in Prag, der damals noch deutsche und tschechische Angestellte vereinigte.

Das Jahr 1897, in welchem die ersten Wahlen zum Reichsrat nach dem neuen Wahlrecht, welches der Arbeiterklasse die fünfte Kurie brachte, stattfanden, ist auch das Gründungsjahr des „Fachvereines“ gewesen. Wohl bestanden schon von seiner Gründung an die sozialistischen Kreise der sozialistisch fühlenden Angestellten, aber es waren nur vereinzelte Genossen, die einander kaum kannten und die mehr instinktiv als systematisch in den bürgerlichen Harmonievereinen Opposition trieben. Erst der Wahlkampf zu Beginn des Jahres 1897, der mit ungeheurer Hysterie tobte, da die Bourgeoisie alles daran setzte, das Mandat in der fünften Kurie in Prag der Arbeiterklasse zu entreißen, rüttelte größere Massen Angestellten, die bis dahin politisch vollständig untätig gewesen waren, auf. Es wurden gleichzeitig aber diese bis dahin verstreuten Elemente mit einander bekannt und den Unternehmern eine willkommene Hand eine Manifestationsversammlung der Prager Angestellten auf der Schützeninsel, die jedoch von den nationalistischen Anhängern der C. D. B. gesprengt wurde und ein blutiges Ende nahm. Die Vorgänge bei dieser Versammlung boten der Polizei und den Unternehmern eine willkommene Handhabung, durch Verhaftungen und Entlassungen die ihnen unbequeme Bewegung im Keime zu erstickten. Aber der Gedanke, die sozialistischen Angestellten auch gewerkschaftlich zu organisieren, hatte schon zu tiefer Wurzeln gefaßt und die Versorgungen, denen die junge Bewegung ausgesetzt war, hatten nur zur Folge, daß man die Agitation in die bürgerlichen Vereine verlegte und dort durch eine zunehmende systematische und grundsätzliche Opposition Anhängen ward. Als dann, allen Hindernissen zum Trotz, im Winter 1897 während des Ausnahmezustandes die konstituierende Versammlung des Fachvereines stattfand, war es bereits eine für die damaligen Verhältnisse recht erfreuliche Zahl überzeugter Genossen, die sich zu einer Gewerkschaft sozialistischer Angestellten zusammenschlossen.

Diese Zeit nach der Gründung, da die jungen Gewerkschafter in revolutionärem Eifer und Trotz in stürmischen Aktionen die Sozialisten durchsetzten und dem verlogenen Reformismus den Gehirnausschlag entzogen, gehörte zu den stolze Traditionen des Verbandes. Bis dann die separatistische Bewegung, die von den Angestellten ausging, die Spaltung der Organisation bewirkte. Die Separatisten schufen sich den „Zentralverband“, wogegen die dem Internationalismus treugebliebenen Genossen sich in einer Ortsgruppe des Wiener Zentralvereines der Angestellten zusammenschlossen. Es waren recht treibe Jahre, da die ehemaligen Kampfgenossen getrennt marschierten und nur zu oft einander auch bekämpften und die Erfolge wären wohl bessere gewesen, wenn die alten Reiben unerschütterter dagesunden wären.

Gerade die Ereignisse der letzten Zeit befeben die Hoffnungen, daß es wieder zu einem Zusammenwirken der deutschen und tschechischen Klassenbewußten Angestellten in der Tschechoslowakischen Republik kommen wird. Eine Reinselle zu dem fünftägigen Gebäude, das die Angestelltenhaft beider Nationen umfassen wird, ist die Zentraldirektive der Angestellten, ein Organ sowohl des Prager Verbandes als auch des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, welsch letzterer als Nachfolger des Wiener Zentralvereines nach dem Umsturz tausende von Angestellten zum Klassenbewußtsein erweckt hat. In diesem Sinne begrüßen auch wir das Jubiläum des Prager Verbandes.

Kleine Chronik.

Die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Chile.

Wie die „Daily News“ aus Valparaiso melden, beläuft sich die Zahl der Opfer des jüngsten Erdbebens auf 2000. Es sind weitere Erdrerschütterungen beobachtet worden. Eine 750 Einwohner zählende Gemeinde ist vollkommen verschunden. Bei dem Erdbeben in Chile handelt es sich um eine Katastrophe, wie sie die Menschheit nur selten erlebt hat. Zwischen Iquique und Valdivia waren die Stöße am stärksten bemerkbar. In Coquimbo und Copiapo, die fast vollkommen von der Erdoberfläche verschunden sind, werden rund tausend Tote gezählt, in Valparaiso sind 500 Tote zu beklagen. Ein Bericht der Associated Press aus Santiago besagt, daß die Sturmflut einige Minuten nach dem zweiten Stoß des Erdbebens einsetzte. Eine riesige Welle, von mehr als zwanzig Metern Höhe schlug gegen das Land, und ergoß sich über die zusammenstürzenden Häuser, die Hunderte von Menschenleben unter sich begruben. Die meisten Leichen werden gar nicht gefunden werden können, weil das sich zurückziehende Wasser sie in das Meer mitriß. Die Strecke der pazifischen Bahn in der Nähe von Coquimbo, die dicht am

Meeresstrande läuft, ist vollkommen von der Erdoberfläche verschunden und ein Teil der Strecke von etwa anderthalb Kilometern wird ganz neu gebaut werden müssen. Die chilenische Regierung hat sofort eine ausgedehnte Rettungsaktion in die Wege geleitet. Aus der Hauptstadt sind Sonderzüge mit Betten, Sanitätsmitteln und Nahrungsmitteln nach der Städte des Unglücks abgegangen.

Auslich wird aus Santiago de Chile mitgeteilt: Durch das Erdbeben wurden 1800 Menschen getötet und 2000 verletzt. In fünf Provinzen sind mehr als die Hälfte der Gebäude zerstört.

Ein Danziger Dampfer untergegangen. Der Danziger Dampfer „Progrès“ mit 16 Mann Besatzung, von Eborland mit einer Kohlenladung nach Stolpmünde unterwegs, ist bei dem letzten Sturm in der Nordsee untergegangen. Die ganze Besatzung hat bei dem Schiffuntergang den Tod gefunden.

Eingestellte Verkehrsunternehmen in Deutschland. Die „Verkehrstechnik“ (Berlin) gibt eine Zusammenstellung der bisher bekannt gewordenen Stilllegung und Einschränkung von Verkehrsunternehmen, von der sie allerdings betont, daß sie auf Vollständigkeit keinen Anspruch erhebt. Danach sind völlig stillgelegt die Straßenbahnen in Altenburg i. S., Altona-Blankensee, Bamberg, Bernburg, Celle, Freiburg i. S., Jena Landsberg a. d. W., Münster i. Westf., Donaubr., die Bergbahn in Pyrmont, die Straßenbahnen in Schömar, Schweinfurt, Waldorf, Würzburg, Zerbst und Jittau. Eingestellt ist auch die Dampfbahn Griesheim-Darmstadt-Heiligen der hessischen Eisenbahn A. O. Beabsichtigt ist die Stilllegung der Straßenbahnen von Eberswalde, Gotha und Stralsund. Dazu werden eine Reihe von Straßen- und Kleinbahnen genannt, die unter dem Druck der Zeitnot zur Stilllegung einzelner Strecken schreiten müßten.

Zeit wann kennen wir Milliarde und Billion? Wir sprechen heute von einer Milliarde wie von etwas Alltäglichem, während unsere Großväter noch kaum gewohnt haben, was überhaupt eine Milliarde ist. Die stark sich der Begriff für große Zahlen erweitert hat, ergibt sich, wenn man die Geschichte der einzelnen großen Zahlwörter verfolgt. Nach einem Aufschwung in „Necklaus Universalium“ war der Zahlbegriff Million dem Altertum und dem früheren Mittelalter noch ganz fremd. Es ist bezeichnend, daß derjenige, der das Wort „millione“, d. h. Großtausend, geprägt hat, ein Reisender war, der Venezianer Marco Polo, der auf seinen Fahrten um die Welt seinen Gesichtskreis und ebenso seinen Begriff für Zahlen gewaltig erweiterte. Er wendet in seiner 1298 geschriebenen Reisebeschreibung das Wort „millione“ an, um die ungeheure Menge der in China lebenden Menschen zu bezeichnen. Eine derartige Bevölkerungszahl, die in dem damaligen Europa ganz unbekannt war, bedurfte eines neuen Wortes. Aber bei Marco Polo ist der Begriff Million nur eine ungefähre Massenangabe; als Zahlwort erscheint es erst gegen Ende des 15. Jahrhunderts. Doch aber nun ein Mensch eine Million von Verteilungen sein eigen nennen konnte, das ist erst viel später so geläufig geworden, daß man für sie ein besonderes Wort prägte. Die Bezeichnung Millionär, die erst durch Rothschild populär wurde und noch unseren Vätern so gewaltigen Respekt einflößte, ist zuerst von Jean Paul in Lullus gebracht worden. Heute ist die Benennung eines reichen Mannes als Millionär bereits veraltet. Wir hören nur noch von Milliarden; aber dies Wort war dem Deutschen vor 1870 ganz fremd. Es wurde zuerst nach dem Frankfurter Frieden als Bezeichnung von 1000 Millionen geläufiger, da die Franzosen damals die Milliardenrechnung zählten. Die romanischen Völker haben übrigens für den Zahlbegriff von 1000 Millionen das Wort Billion, das wir Deutsche anwenden, um die „astronomische Zahl“ eine Billion Millionen anzudeuten.

Einführung des metrischen Systems in Rußland. Der Rat der Volkskommissare hat einen neuen Plan der Einführung des metrischen Systems in Rußland, die schon verschiedentlich, aber erfolglos in Angriff genommen war, bestätigt. Danach müssen die metrischen Gewicht-, Längen- und Hohlmaße in den Kommissariaten für Außenhandel, Post und Telegraphen und Gesundheitswesen zum 1. Januar 1923 eingeführt sein. Vom 1. Januar 1924 bis zum 1. Januar 1927 müssen die einzelnen Maße zu verschiedenen Terminen in allen Volkskommissariaten, dem Obersten Volkswirtschaftsrat, dem Groß- und Kleinhandel durchgehend eingeführt werden. Alle Behörden sowie staatlichen und privaten Unternehmungen sind angewiesen worden, unverzüglich nach diesem Plane zur Einführung des metrischen Systems zu schreiben und ihre Angestellten damit vertraut zu machen.

Eine rätselhafte Mordaffäre. Ein höchst geheimnisvoller Kriminalfall beschäftigt zurzeit das Gericht in Mailand. Es handelt sich um einen angeblichen Mord, der auf französischem Kolonialgebiet begangen wurde. Prof. Mario Raggi aus Florenz hatte sich vor längerer Zeit in Begleitung seines Privatsekretärs Renato Lippi nach Amerika begeben, um dort unter den Italienern für die Kriegsverstümmelten der Lombardie eine Sammlung zu veranstalten. Zur Heimreise schiffen sich die beiden Herren auf dem italienischen Dampfer „Prinzessin Mafalda“ ein, der im Hafen von Dakar einen kurzen Aufenthalt nahm. Der Professor und Lippi benutzten diesen, um einen Ausflug an Land zu machen, wobei sie sich ziemlich weit von der Küste entfernten. Lippi kehrte allein an Bord des Schiffes zurück und erklärte auf Befragen, daß er nicht wisse, was aus seinem Chef geworden sei. Der Kapitän trug Sorge, daß überall entsprechende Bekanntmachungen im Lande verbreitet wurden und trat dann die Heimreise an. Der Bruder des Professors, Francesco Raggi, erhebt nun gegen Lippi die Beschuldigung, daß er seinen Bruder ermordet habe. Er begründet die Anschuldigung mit dem geheimnisvollen Verschwinden des Opfers, in

großen Geldausgaben des Sekretärs und vor allem mit dem Umstand, daß der Angeklagte einen Schatz von 50.000 Lire, den er der Briefkassette des Verschundenen entnommen hatte, noch Fälligkeit der Unterschrift des Verschundenen einlöslich habe. Demgegenüber verweisen die Rechtsvertreter des Angeklagten darauf, daß nach dem Bericht des italienischen Konsuls in Dakar die Leiche des Professors in einem Schiffsaufgefunden wurde und daß bei der Sektion keine Spur äußerer Gewalt an dem Körper des Ermordeten gefunden worden sei. Bisber ist es nicht gelungen, den Schiefer des Geheimnisses über der Angelegenheit, die schon wegen der Stellung des Ermordeten und des Angeklagten großes Aufsehen erregt, zu lösen.

Die Universität in Montreal durch Brand teilweise vernichtet. Die Blätter melden aus Montreal, daß die Universität durch einen Brand teilweise vernichtet wurde. Der angerichtete Schaden beziffert sich auf vier Millionen.

Das Telefonwesen in den Vereinigten Staaten. Von sämtlichen heute in Betrieb befindlichen Telefonanlagen der Welt befinden sich 65 Prozent innerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten; auf Europa entfallen nur 25 Prozent sämtlicher Telefone und die restlichen zehn Prozent verteilen sich auf die übrigen Erdteile. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl verfügen die Vereinigten Staaten über nicht weniger als zwölftmal so viel Apparate wie Europa. Dieses Verhältnis verhält sich einstellend immer noch weiter zugunsten Amerikas, das jetzt mehr als 14 Millionen Apparate in Benutzung hat, nachdem in den letzten Jahren ihre Zahl sich durchschnittlich um eine halbe Million vermehrt hat. Vor 20 Jahren entfiel in den Vereinigten Staaten auf je 90 Personen ein Telefon, heute auf je acht, und der Zeitpunkt dürfte nicht mehr fern sein, wo jede amerikanische Familie, wenigstens die durchschnittlich fünfzehnhäufige, wie sie in der Statistik sich darstellt, ihr Telefon im Hause hat. In den rund 50 Jahren, da sich die Welt bereits des Telefons erfreut, hat es Europa nur auf einen Apparat pro 100 Personen gebracht. Ueberraschend ist vielleicht noch, in wie hohem Grade in den Vereinigten Staaten auch die ländliche Bevölkerung an das Telefonnetz des Landes angeschlossen ist, während in Europa das Fernsprechnetz doch eine vorwiegend städtische Angelegenheit geblieben ist: nicht weniger als drei Millionen der Anschlüsse in den Vereinigten Staaten entfallen auf die Farmer.

Gerichtssaal.

Den Vater geschlagen.

Prag, 15. November. Der 25jährige Franz Rajmann und sein 23jähriger Bruder Anton, beide aus Erimelie in der Nähe von Wilram, hatten sich heute vor einem Straßengericht unter Vorsitz des O. B. A. Klein wegen schwerer Körperverletzung und Verleumdung der Obrigkeit zu verantworten. Die beiden waren angeklagt, daß sie gegen ihren Vater täglich vorgegangen seien und die Obrigkeit in ihrem Orte bei der Einvernahme beleidigt hätten. Nach der Anklageschrift haben Franz und Anton Rajmann ihren Vater am 7. März bei einer Auseinandersetzung mit einem Teller geschlagen. Am 6. April kam es zu einem neuen Anschlag im Hause der Rajmanns, der wiederum zu Tätlichkeiten ausartete. Die Söhne wurden daraufhin vom Bürgermeister vorgeladen, der ihnen ins Gewissen reden wollte. Er bekam jedoch bei seinem löblichen Vorhaben nur Beschimpfungen zu hören, sodaß er die ganze Angelegenheit zur Anzeige brachte. — Bei der heutigen Verhandlung erklärte der Vater, ein alter, gütig aussehender Mann, daß er sich der Anklage gegen seine Söhne entschläge. Die beiden Angeklagten wurden daher nur wegen des zweiten Deliktes verurteilt, und zwar Franz zu drei Wochen und Anton zu zwei Wochen bedingten Kerkers. Die Bedingtheit der Strafe des Franz wird erst untersucht werden. Bei der Urteilsverkündung sah man es dem alten Vater an, daß er sich darüber freut, den Söhnen den Kerker erspart zu haben. Ob die Söhne ihm dafür dankbar sein werden, wird die Zukunft lehren.

Verchwundene 100.000 Kronen.

Prag, 15. November. Der Großbauer Franz Degenbart aus Rosowace machte vor seinem Tode (am 2. Mai) unter Eid die Mitteilung, daß er am 10. Februar vom Miroslaw Jvonička statt 120.000 nur 30.000 K erhalten habe. Jvonička, der Fleischerhauer in Rosowace ist, hatte nämlich einen Hausverkauf des Degenbart an Wenzel Soidl vermittelt und von diesem 120.000 K erhalten, um sie Degenbart zu übergeben. Bei der Uebergabe soll sich Jvonička 100.000 K behalten haben. Da der verstorbene Degenbart mit Bestimmtheit behauptete, er sei von Jvonička betrogen worden, wurde diesem der Prozeß gemacht. Als Beweis für die Annahme, daß Jvonička sich das Geld tatsächlich behalten hat, wird angeführt, Jvonička, der ganz in Schulden gesteckt hätte, habe angesungen, pöblich sein Geschäft mit großen Summen zu erweitern. Die heutige Verhandlung vor einem Prager Straßengericht mußte vertagt werden, da man über die Vermögensverhältnisse Jvoničkas genaue Erkundigungen einziehen muß. Bei der Verhandlung behauptete Jvonička nach wie vor, daß er Degenbart die ganzen 120.000 K übergeben habe.

Klage eines beim Bankbeamtenstreik Entlassenen gegen die Zivnobank.

Prag, 15. November. Nach dem Bankbeamtenstreik entließ die Zivnobank in Prag 80 Beamte, unter diesen auch den Beamten F. J. Gegen F. wurde nicht einmal das Disziplinarverfahren eingeleitet, sondern man entließ ihn, weil er zu jung und dazu noch unbeschäftigt sei und daher bei den Entlassungen als einer der ersten darankommen müsse. F. stand jedoch bereits seit zehn Jahren in den Diensten der Zivno-

bank und klagte daher am 8. April beim Handelsgericht in Prag die Zivnobank auf Auszahlung der Pension. Er verlangte eine Pension von 1380 K solange, bis er einen neuen Posten gefunden hätte. Die Zivnobank trat mit F. in Verhandlungen ein und bot ihm 1000 K monatlich als Gehalt, denn es war der Bank darum zu tun, ein Urteil des Gerichtes zu verhindern, damit die andern entlassenen Beamten dann nicht auf Grund des Urteils in der Angelegenheit des F. Pensionsforderungen erheben. Dienstag fand beim Handelsgericht unter Vorsitz des O. B. J. Sedláčková die Schlussverhandlung in dieser Angelegenheit statt und es wurde beschlossen, die ganze Angelegenheit für die Zeit von drei Monaten auf sich beruhen zu lassen. Während dieser Zeit soll zwischen der Zivnobank und F. eine Vereinbarung getroffen werden, in dem Sinne, daß die Bank dem F. monatlich 1380 K zahlt, solange bis er einen Posten gefunden hat. Die Verpflichtung der Bank währt bis Ende des Jahres 1923.

Ein magerer Broten.

Ein harter Winter steht dem Proletariat dieses Staates bevor. Nicht nur, daß der größte Teil der arbeitenden Menschen nach der erfolgten Durchführung eines allgemeinen Lohnabbaues mit geringeren Einkünften rechnen muß, als es bisher der Fall war, stehen tausende und aber tausende Menschen vor dem blanken Nichts. Von der Arbeitslosenunterstützung können diejenigen, die sie bekommen, nicht leben, zum Kauf von Kohle, um eine Stube zu heizen, reicht es nicht weil der Herr Finanzminister Masin von der Abschaffung der Kohlenabgabe und damit einer bedeutenden Verbilligung der Kohle nichts wissen will, und andere Tausende bekommen aus irgendwelchen spitzfindigen Gründen überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung nach dem Grundgesetz: Laßt sie vereln gehen, wenn sie hungrig sind! Wieviel Jammer und Leid es diesen Winter in der Republik geben wird, davon kann man sich ein Bild an Hand der Angaben machen, die der Abgeordnete Rausmann im Abgeordnetenhause mitgeteilt hat. Danach sind in der Metallindustrie allein 150.000 Kurzarbeiter und 50.000 Arbeitslose, also 200.000 Menschen, die der bittersten Not und Kälte preisgegeben sind. Etwa 600.000 Arbeitslose dürfte es nach der Schätzung des genannten Abgeordneten in allen Branchen geben, also mit Frauen und Kindern wohl an zwei Millionen Menschen von den dreizehnhalb Millionen, die dieser Staat zählt, die die Opfer einer Wirtschaftspolitik geworden sind, an der die Regierung und die Koalitionsparteien festhalten, trotzdem auch sie sehen, welches Unheil sie angerichtet haben. Von welchem Geiste der Mehrheitsparteien dieses Parlamentes befeelt sind, geht daraus hervor, daß sie den Antrag der deutschen Sozialdemokraten, den Posten für die Arbeitslosenunterstützung im Voranschlag für 1923 von 75 auf 150 Millionen zu erhöhen, abgelehnt, wohl aber den Antrag angenommen haben, womit — der tschechoslowakischen Kirche neun Millionen mehr zugewiesen werden als im Voranschlag geplant war.

Die deutschen Sozialdemokraten haben vor einiger Zeit einen von uns bereits mitgeteilten Antrag eingebracht, worin sie die Erlassung eines Gesetzes betreffend die Stilllegung und Einschränkung von Betrieben in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise verlangen, um so die Opfer dieser Wirtschaftskrise wenigstens einigermaßen zu schützen. In der Hauptsache verlangen unsere Abgeordneten, die Mindestdauer der Kündigungsfrist solle bei Einschränkungen von Betrieben vierzehn Tage dauern und daß als Einschränkung des Betriebes anzusehen ist, wenn 3% der Arbeiter entlassen werden. Weiters haben sie das berechtigete Verlangen erhoben, daß bei Entlassungen auf das Alter, die Dauer der Beschäftigung im Betriebe und die Familien- und Vermögensverhältnisse der Arbeitnehmer Rücksicht zu nehmen ist und daß bei Wiedereinstellung von Arbeitern die Unternehmer verpflichtet sind, in erster Linie die früher in dem Betriebe beschäftigten und während der Wirtschaftskrise entlassenen Arbeiter zu berücksichtigen.

Die Regierungsmehrheit war der Ansicht, daß ein Gesetz zur Regelung dieser Frage nicht notwendig ist, sie hat sich mit einer Verordnung begnügt und dadurch die Veratung dieser so wichtigen Frage im Parlament umgangen. Es scheint ihr jedes Wort der Opposition bereits unangenehm geworden zu sein. Auch der Inhalt der Verordnung reicht natürlich nicht an den von den Sozialdemokraten ausgearbeiteten Entwurf heran. Statt der im Entwurf verlangten Kündigungsfrist von vierzehn Tagen sieht die Verordnung eine Frist nur von einer Woche vor und als Kollektiventlassung gelten nicht 3% der Arbeitnehmer, sondern 10%. Der Unternehmer kann also jeden Monat 9% der Arbeitnehmer entlassen, ohne daß die Arbeiter des Schutzes der Regierungsverordnung vom 21. Oktober teilhaftig werden.

Dieser magerer Schutz ist es also, was als das positive Resultat des seinerzeit groß angelegten Aufrufes der Regierung an die Bevölkerung und der geplanten Maßnahmen zu betrachten ist. Man wäre versucht, zu spotten, wenn es sich nicht um eine so hochernste Sache und um das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft handelte. Die Untätigkeit der Regierung in der Wirtschaftskrise, ihre absolute Impotenz zeigt die Schädlichkeit der gegenwärtigen Koalition auch in sozialer Hinsicht. Sie steht gleich hilflos den nationalen wie den sozialen und ökonomischen Problemen dieses Staates gegenüber, sie ist das Hindernis für den sozialen und allgemeinen menschlichen Fortschritt in diesem Staate geworden.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Werbet und abonniere!

Ausschneiden und einsenden!

Abonnements-Bestellschein.

Abonniere ab 192 monatlich 16 Kč — vierteljährlich 48 Kč — halbjährlich 96 Kč — ganzjährlich 192 Kč — (nicht Zutreffendes durchstreichen) das in Prag täglich erscheinende Zentral-Organ der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschecho-slowakischen Republik

„Sozialdemokrat“

Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32.

Vor- und Zuname _____

Beruf _____

Ort, Bezirk _____

Straße und Nr. _____

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Eine Arbeitslosen-Deputation im Altstädter Rathaus. Am 14. November fand sich im Altstädter Rathaus eine Deputation des Arbeitslosenrates ein, die von der tschechisch-sozialistischen Abg. Landa-Styck geführt wurde. Die Deputation empfing der Stellvertreter des Vorsitzenden der Zentralverwaltungs-Kommission der Stadt Prag, Kellner. Die Deputation betonte, daß die Arbeitslosigkeit auf der Prager Arbeiterschaft schwer lastete und forderte von der Verwaltungskommission die sofortige Durchführung der Notstandsarbeiten. Der Vorsitzende-Stellvertreter Kellner antwortete, daß in der nächsten Woche mit Notstandsarbeiten begonnen werden wird. Weiter würden für die Arbeitslosen Kartoffeln und andere Bedarfartikel auf Rechnung der Stadt angekauft werden.

Tschechoslowakische Kohlenarbeiter nach Frankreich? Das Landesarbeitsvermittlungsbüro in Prag ist — wie die „Libve Roviny“ melden — damit beschäftigt, nach Frankreich tschechoslowakische Kohlenarbeiter zu vermitteln. Die Vertreter der Bergarbeiter haben, wie das Blatt schreibt, die Zustimmung unter der Bedingung gegeben, daß die französischen Bergarbeiter nichts dagegen einzuwenden haben. Außerdem müsse denjenigen Arbeitern, welche ihre Familie in der Tschechoslowakei zurücklassen, die Familienzulage gezahlt werden. Wegen der Pensions- und Unfallversicherung soll noch zwischen den beiden Regierungen verhandelt werden.

Eine neue Pfundbanknote. Wie Finanzminister Dr. Rasin in einer Rede im tschechischen Industriellenklub mitgeteilt hat, steht der Abschluß einer Investitionsanleihe von vier Millionen Pfund Sterling bevor.

Allgemeiner Lohnkonflikt in Polen. Mittermeldungen zufolge finden in Katowitz seit einigen Tagen ununterbrochen Konferenzen zwischen dem Verband der Industrieunternehmern und den Vertretern der Arbeitervereinigungen statt, in welcher über die allgemeine Lohn-erhöhung in der Industrie verhandelt wird. Die Konferenzen bezwecken eine Hintanhaltung der drohenden Streiks. In Oberschlesien ist in der letzten Zeit infolge des katastrophalen Sturzes der deutschen Mark die Löhnerhöhung derart gestiegen, daß die bisherigen Lohnsätze für die Arbeiter ungenügend sind. Vorläufig wurde bei den Konferenzen ein Einverständnis infolge erzielt, als die beiden Parteien beschlossen haben, im Falle eines Konfliktes die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu überlassen.

Die Schweiz gegen die Ueberfremdung. Der Schweizer Bundesrat veröffentlichte neue Maßnahmen gegen die Ueberfremdung der Schweiz. Von einer Gesamtbevölkerung von 3.880.000 sind 405.000 Fremde. Zur Verhinderung einer weiteren Ueberfremdung sollen jährlich rund 12.000 Personen naturalisiert werden, davon rund 5000 durch zwangsweise Einbürgerung von in der Schweiz geborenen Ausländerkindern, deren Mütter von Geburt Schweizerinnen waren und 7000 durch freie Naturalisierung auf Gesuche hin.

Kohlenpreiserhöhung in Deutschland. Die letzttägig bewilligten Löhnerhöhungen und die in weiterer Folge gestiegenen Grubenholzpreise gaben Veranlassung zu einer Erhöhung der Kohlenpreise. Dieselben steigen nach dem heutigen Beschluß der Organe der Kohlenwirtschaft,

wie folgt: Für das Ruhrrevier (Hörderkohle) um 3971 Mark, für Niederschlesien durchschnittlich um 4128 Mark, für Aachen-Eschweiler um 4439 Mark, für Aachen-Nordstern um 5265, für Niederschlesien-Barsinghausen um 4914, für rheinische Braunkohlen (Kobföhle) um 2669 Mark. Für das mitteldeutsche Braunkohlenrevier konnte die Erhöhung ziffernmäßig noch nicht festgestellt werden, da die Bewertung von dem Ergebnis eines am Mittwoch zu fallenden Lohnschießspruches abhängig ist. Der Reichskohlenverband wurde ermächtigt, auch für das mitteldeutsche Revier eine den Lohn- und Materiallöhnen entsprechende Preiserhöhung vorzunehmen. Die Beschlässe erfolgen nach eingehender Aussprache einstimmig. Nur gegen das Ausmaß der Preiserhöhung im Ruhrbergbau stimmten die Vertreter der Konsumgenossenschaften. In der Aussprache wurden Ziffern beigebracht, daß in den letzten Monaten die Material- bzw. Großhandelspreise in erheblicherem Maße gestiegen sind, als die Lebensmittelpreise bzw. die Löhne und die Kohlensteuer. Die Preiserhöhung gilt ab 16. November und schließt eine Verdoppelung der Beiträge für die Bergarbeiterheimstätten von 36 auf 72 per Tonne abgefehrter Kohle in sich. Hierzu treten zu den höher genannten Sätzen die üblichen Steuern und Abgaben.

Deutenturse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	17,80
Wien	238,40
Österr. Kr.	2350,00

Prager Kurze.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1240,50	1234,50
100 Mark	638,50	645,50
100 schwed. Frank	575,00	578,00
10 Lire	143,75	145,25
100 franz. Frank	208,75	210,25
1 Pfund Sterling	189,75	191,25
1 Dollar	31,25,00	31,65,00
100 belg. Frank	199,50	192,50
100 Dinar	49,25	49,75
100 österr. Kronen	937,75	947,75
100 poln. Mark	913,00	925,00
100 ungar. Kronen	122,50	132,50

Züricher Schulkurze.

Berlin	608,87	Baris	3625,00
Wien	601,73	Wien	270,00
Prag	17,80	Österr. Kr.	2200,00
Holland	213,25	Belgrad	870,00
New York	544,00	Warschau	903,00
London	242,00	Wien zeit.	600,00

Kunst und Wissen.

Vorlesung Franz Werfel.

„Der letzte Ursprung aller Kunst, die Erkenntnis der Weisheit, kommt anders in der Dichtung und anders in der Wissenschaft zum Ausdruck. Der Komponist offenbart das innerste Wesen der Welt und spricht die tiefste Wahrheit aus in einer Sprache, die keine Vernunft nicht versteht; wie eine magnetische Sonnenwelle durchdringt sie über die Sinne, von denen sie nach dem Begriff hat.“ (Lautenbacher.) Die Musik ist das unmittelbare Abbild unseres Geistes; jede andere Kunst, im höchsten Grade aber die Dichtung, ist die Bearbeitung des Widerstreites des Geistes mit sich selbst. Das Wunderbarste müßte es sein, wenn sich dieser Widerstreit in Musik auflösen ließe, das heißt, wenn der Dichter vollständig befreit vom Zwange der Ideen nichts anderes als unmittelbares Echo der Weltmelodie sein könnte. Ein solcher musikalischer Dichter war Goethe. Die deutsche Romantiker, die ihn zunächst deshalb liebte, wollte es ihm nachtun. Aber ihre musikalische Dichtung fand nirgendwo den harmonischen Organismus eines Goethe. Einer der Neuen, der um dieses Ziel gewaltig zu ringen jagt, ist Franz Werfel. Er hatte die Idee des Lapsus, als er zu dichten begann, in der Alleinheit einer Schwelgerin zu halten geglaubt. Dann aber hatte ihn das Zeitungehörer: Dunkel angegriffen, wohl deshalb doppelt stark, weil er es übersehen hatte. Und nun muß er mit ihm ringen. Er erfährt die Einheit, das unmittelbare Empfinden, die Harmonie, die in der Natur der Menschheit ist. Sie hörte man aus allen, was er in seiner letzten Vorlesung — sang. Es ist sein Zufall, daß das Drama, dessen erster Erschütternder Akt von ihm registriert wurde, „Bodensee“ heißt. Es ist ein Gesang, der Gesang der wilden Urnatur, der aus den weichen Seiten hier hörbar wurde. Angst und Mitleid rührte er auf wie in Zeiten, wo das Chordrama noch aus tiefstem Verwahrsein mit dem gräßlichen Pan geboren wurde. Pan selbst ist der Held, Mensch und Untier und doch Tier und Mensch zugleich, den man nicht sieht, aber schauernd überall verspürt, der nach Jahraufenden — im Zeitalter der französischen Revolution — in schrecklicher Mißgestalt einer slawischen Mutter Schicksal empfangen ist, von den christungläubigen Eltern aus falscher Scham 20 Jahre lang in einen Stall gesperrt wird und trotzdem über ihnen und allen andern fürchterlich geheimnisvoll lastet, bis er gräßlich losbricht. Hier schließt der erste Akt. Die gewaltige Konzeption der Idee — Pan über der Menschheit, da die französische Revolution losbricht — läßt Gewaltiges ahnen.

Die Gedichte, welche Werfel darauf mit Eingabe an jedes Wort vermittelte, bestätigten alle, daß ihr Schöpfer das Erlebnis von der Geburt der Musik — das vorletzte Gedicht trägt den Titel: „Musik aus den Wassern geboren“ — in ihnen gestalten will. Es waren Balladen von Tieren, in welche die Menschen sich verwan-

deln, Balladen, die vom Aufgehen des Menschen in der Melodie der Vögel, in den Rhythmen des Panthers erzählen und die beinahe von Goethescher Harmonie erfüllt sind. Aber die Disharmonie der Zeit schreit aus der „Ballade von den Begleitern“, aus den Klagegesängen: „Der Hund bellt“, (ein Gedicht, das Poets Meisterschaft übertrumpft) und „Bildnis der Muse“. Himmelhoch jauchzend, frühlingshaft wie Goethes „Santmed“ und doch gleichzeitig klagend über das Dunkel der Erde, von der Mittag- und Nachterscheinung des unsichtbaren Pan beherrscht, wahrhaft panischen Schauer im Herzen seiner Schlüsselworte erweckend, erhob sich zuletzt Werfels „Hymnus an Tag und Nacht“. Man hatte an diesem Abend erschüttert die Rufe eines Dichters gehört, der bemüht ist, Echo der Urweltklänge zu sein.

„Die Liebe geht um“, Operette in 3 Akten von Bodansky und Hrdt. Musik von Robert Stolz. (Castspiel Pepi Glöckner-Kramer und Franz Glöckner, Neues deutsches Theater, am 14. November 1922.) Die Dekadenz der modernen Operette ist bereits augenfällig. Schon die Einfältigkeit der Titel läßt nichts zu wünschen übrig. Der genau dazu passende Unfuss ist die Handlung. Die Musik begnügt sich mit einigen wenigen, halbseriösa, halb-schamlosen „Kummern“ und — die Operette ist fertig. Als Eydneel Jones mit seiner Tanzoperette „Die Gelbha“ Schule machte, schien es, als könnte der Operette in dieser Richtung neues Leben erblühen. Es ist aber anders gekommen. Die Verfluchung der modernen Operettenkunst ist nicht aufzuhalten. Bald wird unsere Zeit das Stück haben, das ihr gehört: die Stets-Operette und Kaviar-Pötte. Stolz' „Die Liebe geht um“ ist nicht mehr weit entfernt davon. Aber die gute Aufführung machte das schlecht. Stück vergessen. Eine prächtige Urväter-Figur stellte vor allem Frau Pepi Glöckner-Kramer auf die Bühne. Ihr Partner, Herr Glöckner, war zu trocken im Humor und zu sparsam in der Geste. Ausgezeichnet in der Maste und Spiel war Herr Hörbiger in der Nebenrolle eines Kellners; Chaplin, der Kinoheld, in grotesker Nachbildung. Frä. Villy Welly als „Amor“ sah reizend aus, spielte auch aller Ehren wert, vermochte aber dennoch nicht über den gänzlichen Mangel stimmlicher Voraussetzungen hinwegzutäuschen. Die animierte, mit Paprika gewürzte Aufführung, deren Hauptcharakter natürlich da capo begehrt wurden, leitete in einwandfreier Weise Herr Ernst Baigand.

Neues Theater. Heute, den 16.: Gerhart Hauptmanns „Michael Kramer“; Freitag, den 17.: „Der Barbier von Bagdad“; Samstag, den 18.: nachm. „Die Jungfrau von Orleans“, abends „Lohengrin“; Sonntag, den 19.: nachm. „Hoffmanns Erzählungen“, abends „Hollandsweibchen“.

Kleine Bühne. Freitag, den 17.: „Totentanz“; Samstag, den 18.: „Der Ernst des Lebens“; Sonntag, den 19.: nachm. „Wauwau“, abends „Der Dieb“.

Turnen und Sport.

Bürgerliche Freiheit. Der Teplitzer FK, durch seine Amerikareise und noch mehr durch die für diese Reise anknüpfenden Auseinandersetzungen mit seinen Spielern von sich hat reden machen, wird in den nächsten Tagen „Südamerikanische Reiseerinnerungen“ herausgeben, die er pro Stück zum Preise von 10 K verkauft. Wie es dieser Verein fertig bringt, über eine Reise „Erinnerungen“ herauszugeben, die der ganzen Welt die Unmoral und Verkommenheit des bürgerlichen Sports deutlich bewiesen hat — die Spieler des Klubs verdienten zuerst für ihren Verein Hunderttausende und wurden dann, nachdem man mit dem erzielten einen „Amateurklub“ gegründet hatte, einfach hinausgeworfen — das hat er mit sich selbst abzutun. Eine Freiheit sondergleichen jedoch ist es, daß dieser „Sportverein“ — Geschäftsbereich wäre besser gesagt — auch an unsere sozialistischen Sportvereine herantritt und sie zum Kauf der Erinnerungen auffordert. Selbstverständlich werden unsere Sportvereine die Aufforderung des FK gebührend zu würdigen wissen. Als besondere Unverschämtheit des Teplitzer FK ist noch zu vermerken, daß die „Reiseerinnerungen“ mit der französischen Revolutionsmütze, dem Zeichen der Brüderlichkeit, geschmückt sind.

Leichtathletik. Laufen „Quer durch Graz“. In Graz kam vergangenen Sonntag das bereits einmal verschobene Laufen Quer durch Graz zur Austragung, das über zirka 7400 Meter führte. Gleich nach dem Start übernahmen Ferdinand Friebe und Maxen die Führung und sicherten sich bald einen gewaltigen Vorsprung. Schließlich hängte Friebe auch Maxen ohne Mühe ab und kam mit gewaltigem Vorsprung in 26:57,1 vor Maxen (27:27,2) ein. In der Kategorie der Junioren blieb Donauer in 28:31,8 Sieger; die Gruppe der Fußballer gewann Adriano (Leoben) in 31:30; in der Militärgruppe siegte Pastrello (Technisches Bataillon 5) in 31:38,2.

Reich ein Weltspiel! Das Wiener „Sport-Tagblatt“ meldet: Wie uns ein Telegramm aus Graz mitteilt, gelang es dem Sportverein Gratwein, über den Athletiksportklub Straßgang 22-0 zu siegen. Bei Halbzeit war der Stand 13-0.

Mitteilungen aus dem Publikum.

W. STANEK TEE PRAG

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

240
ein wollener Herrenanzug neuesten Schnittes, mit Wollserge

240
Ein wollener Oberzieher mit Wollserge.

240
ein Kimonoraglan, auch anliegend

240
Ein kurzer Winterrock mit Fellkragen.

Bessere und feinste Sorten Anzüge, Oberzieher, Rag ans, Gummimantel, Paletot und Peize Kč 290.-, 330.-, 390.-, 450.- und höher bis zur allerfeinsten Gattung.

Die Umsatzsteuer wird nicht zugeschlagen. Muster und Preislisten werden nicht versendet. Auswahlsendungen werden nicht effektiert. Sendungen in die Provinz nur gegen Vorauszahlung franko. Nichtkonvenientes wird umgetauscht oder der Betrag retourniert.

Konicklonshaus Sigmund Stránský Prag, Hybernská.

MEIN KLEINER LIEBLING bekommt jetzt öfter Tee

TEEKANNE

Ter alle bösen Verdauungsstörungen vertriebt, und ich setze mich zu ihm, um ihm aus den Seidenmuffeln allerlei schöne Sachen zu nähren.

Bitte beachten Sie das Preisauschreiben in einer der nächsten Nummern dieser Zeitschrift!